der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2015

25 Jahre Deutsche Einheit

Rechtsprechung bei Heimkinder-Reha

Uiguren im Widerstand

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell
3 Zwangsausgesiedelte müssen Opferrente erhalten
Fonds für DDR-Zwangsarbeit
Neue Dimension
Kommentar

Recht
4 Zwischen Rückschlag und Hoffnung

International
5 Wachsender Widerstand in Xingjiang
Friedenspreis für „Soldatenmütter"

Deutsche Einheit
6 Katz-und-Maus-Spiele
9 „Ohne Kenntnisse"
10 Happy-End

Leserbrief
11 Rentenunrecht für SED-Verfolgte bleibt bestehen

Berichte
12 Ein jährliches Bekenntnis
Schüler legten weiße Rosen nieder
13 Vorstand im Amt bestätigt
Vergessene Opfer des Krieges

Verbände
14 Suchanzeigen
15 Spendenaufruf
16 UOKG-Kongreß

Service/Bücher
17 Hohenschönhausen: Fotos und Analysen
18 Vererbte Schatten
Fremde Heimat
19 Verraten. Verhaftet. Vermißt.

Service/Veranstaltungen
17–19

Umschlagbild

Denkmal „Väter der Einheit" von Serge Mangin, vor dem Axel-Springer-Hochhaus in Berlin-Kreuzberg, Rudi-Dutschke-, Ecke Axel-Springer-Straße. George Bush, Helmut Kohl und Michail Gorbatschow (v.l.).
Foto: N. Radlitz

Schöne neue Welt

Von Horst Schüler

Der Herbstmonat hat gerade begonnen, 1. September. In den Medien beherrschen Flüchtlinge die Seiten, so wie in den vergangenen Tagen und wie es morgen und übermorgen sein wird. Daneben noch ein paar kleine Aufreger, etwa, daß der bayerische Innenminister Herrmann in einer Fernseh-Diskussionsrunde das Wort „Neger" verwendet hat. Oho! Oho! Da wird er noch eine Weile dran zu knabbern haben, denke ich und suche weiter nach einem Bericht über eine Veranstaltung anläßlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus, die gestern im Berliner Rathaus stattfand. Kein Bericht, keine winzige Meldung, auch in anderen Medien nicht. Am Gedenktag selbst, 23. August nämlich, war es kaum anders, lediglich im „Tagesspiegel" ein Artikel, der so beginnt: „Heute ist der 23. August, das ist ein Gedenktag. Aber es ist ein Gedenktag, den kaum einer kennt..." So ist es. Zwar hat 2009 das Europäische Parlament diesen Gedenktag beschlossen, doch wer weiß das schon, wer weiß denn überhaupt noch, daß an einem 23. August (1939) Hitler und Stalin ihren Pakt schlossen und die Armeen beider Staaten wenige Tage später in Polen einfielen, zuerst die deutsche, danach besetzte die sowjetische Ostpolen.

Offensichtlich nicht mehr der Erinnerung wert. Vielleicht noch für ein paar Historiker. Und natürlich für uns, die wir die zwanziger, dreißiger, vierziger Jahre mit all ihrer brutalen Gewalt erlebten. Aber doch nicht mehr für unsere Nachgeborenen. Und mag's auch noch so richtig sein, unser: „Aus der Vergangenheit lernen für eine bessere Zukunft" – es scheint nur noch den Rang einer Sonntagsrede zu haben. Bitter für uns, doch wir müssen wohl damit fertig werden, daß diese Welt nicht mehr unsere Welt ist. Beim morgendlichen Zeitungslesen sind meine Frau und ich uns darüber einig, denn was erfahren wir da? Zum Beispiel, daß irgendwer ein neues Smartphone (oder wie die Dinger heißen) erfunden hat, dessen Qualitäten wir so wenig verstehen, wie schon bei seinem Vorgänger. Oder daß es in vielen Schulen kein Sitzenbleiben mehr gibt und endlich die Frauen-Quote in allen Wirtschaftszweigen durchgesetzt werden muß. Daß das Klima sich weiter verändere oder auch nicht, daß Fußballer 10, 15, 20 Millionen im Jahr „verdienen", es nun auch eine Pille für sexuelle Lust gibt, sollte „ihr" mal grade nicht danach der Sinn stehen. Oder daß die Freigabe von Drogen gefordert wird, im Theater dieser oder jener Klassiker von nackten Schauspielern gespielt wird, wer im nächsten „Dschungel-Camp" zu sehen sein wird, daß in Hamburg eine Frauen-Band namens „Schnipo Schranke" ihre Fans mit Texten erfreut, in denen sie u. a. vom Pissen singt und wie es klingt, wenn Tampons ins Klo gespült werden. Ekelfeminismus nennt und lobt man das, und es belegt, daß manche junge Menschen den Begriff „Freiheit" völlig mißverstanden haben.

Doch das alles ist ja nur der bunte Medien-Rahmen für eine Völkerwanderung, die zur Zeit das Griechenlandtheater abgelöst hat, und was die alles an Sinn und Unsinn mit sich zieht. Will mich in den Reigen der Wisser und Besserwisser nicht einreihen, nur eines dazu: Schuld und Schuldige für den nicht abreißenden Flüchtlingsstrom suchen manche ausschließlich in Europa, vor allem in deutschen Landen, obgleich doch hier die meisten Flüchtlinge aufgenommen werden. Einmal war diese Schlagzeile zu lesen: „Die Toten im Mittelmeer sind Europas Schande". Ich denke, sie sind vielmehr eine Schande für afrikanische Potentaten, die ihre Völker in Not und Elend darben lassen, derweil sie horrende Summen von Entwicklungsgeldern in die eigenen Taschen stopften.

Die Geschichte unserer jungen Jahre ist fürwahr reich an ungeheuren Verbrechen und Tragödien. Das war unsere Welt, in die wir hinein geboren wurden, und deren Schuld wird uns ja auch immer wieder um die Ohren gehauen. „Aus der Vergangenheit lernen für eine bessere Zukunft" ist deshalb unsere Losung. Und sie bleibt es. Auch wenn sie in dieser neuen Welt kaum noch jemand hören will.

Zwangsausgesiedelte müssen Opferrente erhalten

(uokg) Bereits Ende 2014 haben einige von DDR-Zwangsaussiedlungen Betroffene, darunter der stellvertretende Vorsitzende der UOKG, Ernst-Otto Schönemann, und die Publizistin Inge Bennewitz, in Petitionen an den Deutschen Bundestag die Aufnahme der Zwangsausgesiedelten in die Opferrente gefordert. Ursache dafür war u.a. eine Studie über psychische Erkrankungen von Zwangsausgesiedelten und eine Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zu Entschädigungsfragen.

Die Petition wurde zu Beginn dieses Jahres abgewiesen. Die Verbände der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft haben daraufhin eine Resolution verfaßt, die von zahlreichen Betroffenen und anderen mit ihrer Unterschrift unterstützt wird. Dazu sagte Inge Bennewitz: „Die Ablehnung erfolgte mit Argumenten, die ich in meinem Widerspruch widerlegen konnte. Die wahren Ursachen für die Ablehnung sind wohl fiskalischer Art und die überflüssige Furcht vor Trittbrettfahrern."

Die Resolution mit den Unterschriftenlisten wurde am 11. September im Deutschen Bundestag von verschiedenen Betroffenen, Vertretern der UOKG und dem Präsidenten der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (InterAsso) an zwei Mitglieder des Petitionsausschusses übergeben.

Fonds für DDR-Zwangsarbeit

(spo) Erstmals hat sich einer der Profiteure von Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen für Wiedergutmachung ausgesprochen: Die Warenhauskette Galeria Kaufhof schlägt einen freiwilligen Fonds zur Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit vor.

Der Fonds solle z. B. Studien, Ausstellungen und Dokumentationen zur Zwangsarbeit in der DDR finanzieren, sagte ein Kaufhof-Sprecher. Einzahlen könnten alle deutschen und internationalen Unternehmen, die direkt oder indirekt von Zwangsarbeit besonders durch politische Häftlinge profitiert haben.

Die Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, begrüßte die Initiative im Bayerischen Rundfunk. Kaufhof erklärte sich zu Gesprächen mit der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft sowie mit staatlichen Stellen über den freiwilligen Fonds bereit.

Das Unternehmen hat eigenen Angaben zufolge nach derzeitigem Kenntnisstand nicht gewußt, daß bei der DDR-Produktion für die Kette auch Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Es habe damals keinen direkten Kontakt zu den Lieferwerken in Ostdeutschland oder zu einer Zuchthaus-Produktion gegeben. DDR-Vertreter hätten den Einsatz von Gefängnisinsassen nicht erwähnt.

Neue Dimension

(st) Wie die FAZ Ende August berichtete, hat der Molekularbiologe Werner Franke mit einer Strafanzeige ein weiteres Kapitel des staatlichen Dopings in der DDR öffentlich gemacht. Er sagte dazu: „Es ist eine neue Dimension. Es handelt sich nicht mehr nur um Doping während der sportlichen Laufbahn, sondern um Menschenveränderungen vor und nach der Karriere." Turnerinnen sollen durch die Vergabe von Anabolika klein gehalten worden sein. Nach der Karriere sei das Wachstum durch Leichenpräparate wieder angeregt worden.

Grundlage für die Erkenntnisse ist das Verfahren der ehemaligen Turnerin Heike M., die aus Verletzungsgründen früh ihre Laufbahn beenden mußte. Aus Dokumenten geht hervor, daß bei der Jugendlichen nach der Verabreichung von Somatropin ein Wachstumsschub von zehn Zentimetern in nur zehn Monaten erfolgte.

„Mit der Injektion des Präparats in einen anderen Körper waren Fremdreaktionen durch Verunreinigung eine logische Folge", kommentierte Franke. Körperlich-nervlicher Verfall und Demenz bis hin zur oft tödlich endenden Creutzfeldt-Jakob-Krankheit hätten zu den möglichen Folgen gehört.

Demo

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und die UOKG planen für den 3. Oktober (voraussichtlich 11 Uhr) eine Demonstration auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. Näheres demnächst auf www.uokg.de.

Kommentar

Griechenland und die deutsche Linkspartei

Nun ist es endlich geschafft: Griechenland hat eine erste Zahlung aus einem 86-Milliarden-Fonds von vier Geldgebern erhalten und kann allmählich zur Normalität zurückkehren. Die Verhandlungen waren deshalb so schwierig, weil die griechische Delegation mit der Erwartung gekommen war, sie bekäme das Geld geschenkt, initiiert durch den damaligen Finanzminister Varoufakis.

Es hat eine Weile gedauert, bis die Vertreter der linken Regierung in Athen einsehen mußten, daß als Gegenleistung umfangreiche und sicherlich auch schmerzliche Reformen gefordert wurden, sonst wären alle Hilfen wieder im Sande versickert.

Der Chef der deutschen Linkspartei hatte ja schon orakelt, die deutsche Regierung werde alles tun, um die linke Regierung in Athen zu Fall zu bringen, er würde das im umgekehrten Fall genauso machen. Aber weit gefehlt, die EU-Staaten und die EU-Kommission haben sich alle Mühe gegeben, einen für die Bevölkerung gangbaren Weg zu finden.

Hier muß man dem griechischen Ministerpräsidenten Tsipras Respekt zollen, er hat die Verhandlungen mit Energie geführt und auch die notwendige Flexibilität gezeigt, sich auf unabwendbare Reformen einzulassen. Aber wie so oft bei linken Parteien, die eigene Gefolgschaft läuft ihm davon – gerade in dem Moment, der eine Wende in der bisherigen Schulden-Politik markiert – und hat angekündigt, eine eigene Partei zu gründen. Die deutsche Linke hat das Rettungspaket ebenfalls nicht mittragen wollen – eine beispielhafte Solidarität.

Das alles haben wir auch in Deutschland schon erlebt: Die Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt sind an ihren linken Parteiflügeln gescheitert, weil denen die Ideologie wichtiger war als das Staatsinteresse, ihre Vorhaben wurden letztlich von den bürgerlichen Parteien realisiert.

Hans-Peter Schudt

Zwischen Rückschlag und Hoffnung

Zur Rechtsprechung bei der Rehabilitierung von Heimkindern

Die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder der DDR nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestaltet sich nach wie vor sehr schwierig. Zwar hat der Gesetzgeber im § 2 StrRehaG die Unterbringung in einem Heim für Kinder und Jugendliche ausdrücklich mit aufgenommen, eine Rehabilitierung aber an gewisse Voraussetzungen geknüpft. So muß die Anordnung der Heimeinweisung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient haben (vgl. § 2 Abs. 1 S. 2 StrRehaG). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer Rehabilitierung über § 1 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 StrRehaG, wenn ein grobes Mißverhältnis zwischen Grund und Folgen der Einweisung bestanden hat.

Die Rechtsprechung handhabt dieses Thema in den jeweiligen Bundesländern sehr unterschiedlich, im Ergebnis urteilen die Gerichte aber allesamt sehr zurückhaltend. So werden ca. 95 Prozent der Rehabilitierungsanträge abgelehnt, eben mit der Begründung, daß die oben genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind. Hinsichtlich der Frage der politischen Verfolgung hat sich durch eine erst kürzlich ergangene Entscheidung des Bundesgerichtshofs (Az.: 4 StR 525/13) die Lage sogar nochmals verschlechtert. Der Bundesgerichtshof entschied auf Vorlage des Oberlandesgerichts Jena, daß die Einweisung in ein Kinderheim allein aufgrund der aus politischen Gründen erfolgten Inhaftierung der Eltern selbst keine politische Verfolgung darstelle. Der Bundesgerichtshof ist damit weder der Rechtsauffassung des vorlegenden und anderer Oberlandesgerichte, noch dem Antrag des Generalbundesanwalts gefolgt. Diese plädierten dafür, Heimeinweisungsbeschlüsse immer für rechtsstaatswidrig zu erklären und aufzuheben, wenn sie ausschließlich deshalb erfolgten, weil die Eltern als Opfer politischer Verfolgung inhaftiert wurden. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs hat zur Folge, daß in den jeweiligen Verfahren eine Einzelfallprüfung stattfinden muß und die Betroffenen nunmehr nachweisen müssen, daß ihre Heimeinweisung der politischen Verfolgung gedient hat. Indizien für eine politische Verfolgung können z. B. sein, wenn das Kind länger im Heim verbleibt, als die Haft der Eltern andauert, jedwede Kontaktaufnahme zwischen Kind und Eltern während des Haftaufenthalts unterbunden wurde oder wenn das Kind in einen für es ungeeigneten Heimtyp eingewiesen wurde.

Eine Einweisung aus sachfremden Gründen liegt vor, wenn sie nicht gedeckt ist durch den üblichen und rechtsstaatskonformen Zweck einer Einweisung. Dies ist vor allem der Fall, wenn sie nicht dem Schutz von Leben oder Gesundheit des Betroffenen selbst oder der Abwehr einer ernsten Gefahr für andere Personen, sondern ausschließlich der Durchsetzung von am sozialistischen Menschenbild ausgerichteten Verhaltensmustern dienen. In der Rechtsprechung fallen bisher unter einen sachfremden Zweck z.B.: Die Heimeinweisung hatte allein eine disziplinierende Wirkung und bezweckte nicht die Fürsorge, oder die Heimunterbringung erfolgte, obwohl die nach DDR-Recht erforderlichen tatbestandlichen Voraussetzungen nicht vorlagen. Letztlich muß man aber festhalten, daß eine Heimeinweisung nur sachgerecht sein kann, wenn sie dem Kindeswohl gedient hat, also dem Schutz von Leben oder Gesundheit des Betroffenen. Und genau hier liegt das Problem. Denn Gegenstand des Verfahrens ist nur die Anordnung der Heimeinweisung, und daher werden nur die Gründe für diese Einweisungsentscheidung bei der Bewertung berücksichtigt. Die Bedingungen während der Unterkunft spielen grundsätzlich keine Rolle. Da muß man sich die Frage stellen, wie man das Kindeswohl ausreichend berücksichtigten will, ohne die Unterbringungsbedingungen bei der Beurteilung eines sachfremden Zwecks mit einzubeziehen, zumal diese den Jugendhilfen durchaus bekannt gewesen sein dürften. Gerade dieser Umstand hat dann auch zur Folge, daß eben der Großteil der Rehabilitierungsanträge erfolglos geblieben ist.

Ein grobes Mißverhältnis im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 2 StrRehaG liegt nach der Gesetzesbegründung dann vor, wenn sich im Verhältnis von Anlaß und Reaktion die Degradierung des einzelnen zum Objekt staatlicher Interessendurchsetzung deutlich manifestiert. Aber auch auf der Grundlage dieses Tatbestandes sind Rehabilitierungsanträge von in Heimen der DDR Eingewiesenen regelmäßig gescheitert. Dies liegt wiederum daran, daß die Gerichte bis jetzt grundsätzlich nur die Einweisungsentscheidungen als solche und nicht die damit verbundenen Rechtsfolgen in den Blick nehmen.

Von dieser Rechtsprechung sind in letzter Zeit das Brandenburgische Oberlandesgericht, Az.: 2 Ws (Reha) 28/11, und das Oberlandesgericht Naumburg, Az.: 2 Ws (Reh) 31/14, abgewichen. So stellt das Brandenburgische Oberlandesgericht in seiner Entscheidung fest: „Ob ein grobes Mißverhältnis zwischen dem Anlaß für die Heimerziehung und den angeordneten Konsequenzen vorliegt, kann sachgerecht nur unter Berücksichtigung der Art und Weise der festgelegten Rechtsfolgen beurteilt werden. Insoweit sind auch der Charakter der konkret angeordneten Heimunterbringung (z. B. in einem Spezialheim) und die aufgrund der allgemein vorherrschenden Lebensbedingungen in den Heimen für die Betroffenen entstehenden Konsequenzen zu berücksichtigen.“ Das Oberlandesgericht Naumburg geht, nachdem es gleich zweimal vom Bundesverfassungsgericht gerügt wurde, in seiner Entscheidung noch weiter und nimmt sowohl für die Feststellung eines sachfremden Zwecks als auch eines groben Mißverhältnisses die in den Heimen herrschenden Lebensbedingungen mit in seine Entscheidung auf.

Das Berliner Kammergericht hält dagegen weiterhin an seinem Standpunkt, daß die Umstände der Unterbringung für die Entscheidung grundsätzlich ohne Belang sind, fest. Zur Klärung dieser Frage wurde das Bundesverfassungsgericht angerufen, dessen Entscheidung, ob die Verfassungsbeschwerde überhaupt angenommen wird, zunächst aber noch aussteht.

Benjamin Baumgart, Jurist

(Zum Thema s. auch Mützel, NJW 2015, 1702 ff., Wasmuth, ZOV 2015, 126 ff.)

„Uns gibt es *doch*“

UOKG-Kongreß zur Zwangsadoption

In Kooperation mit dem OvZ-DDR e.V.

Sonnabend, 7. November 2015
11.00 bis 18.00 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Wachsender Widerstand in Xinjiang

In dieser nordwestlichsten Provinz der Volksrepublik China machte eine aggressive Ansiedlungspolitik Pekings von Han-Chinesen die zehn Millionen Uiguren zu einer Minderheit in ihrer eigenen Heimat. Außerdem werden sie seit Jahren in ihrer Kultur, ihrer Sprache, in ihrer Religionsfreiheit und Berufswahl eingeschränkt. Zunehmend werden von ihnen totale Anpassung und Loyalität zur KP Chinas verlangt. Das Ziel der Uiguren, ein freies Ost-Turkestan, wird von Peking als „Separatismus" und jegliches Aufbegehren als „Terrorismus" scharf bestraft. Seit Jahren kommt es immer wieder zu gewaltsamem Widerstand gegen die chinesische Herrschaft.

Im Februar 2014 erfolgte erneut ein Überfall auf eine Polizeistation, der sehr viele Tote hinterließ. Zwischen Haß und Verzweiflung stürmten Anfang März bewaffnete Uiguren den Bahnhof der über 1250 km entfernten Stadt Kunming, in dem blutigen Massaker starben 29 Chinesen und weitere 140 wurden verletzt. Kurz danach wurden bei einer Explosion auf dem Bahnhof der Xinjiang-Hauptstadt Urumchi 79 Menschen verletzt. Hatten die Rebellen bisher nur Polizeiposten und KP-Gebäude angegriffen, so richten besonders radikale Gruppen wie al-Qaida ihre Anschläge nunmehr auch gegen chinesische Zivilisten. Man operiert jetzt selbst außerhalb der Provinz, neuerdings gibt es auch Selbstmordanschläge.

Mitte April vorigen Jahres stellte Chinas Präsident Xi Jinping auf der ersten Sitzung der neuen Nationalen Sicherheitskommission fest, die Volksrepublik stünde der „kompliziertesten Zeit ihrer Geschichte" gegenüber, es gebe „erhebliche Bedrohungen" innerhalb des Landes. Es war zweifellos kein Zufall, daß er Ende desselben Monats erstmals jene Unruhe-Provinz aufsuchte. Am Ankunftstage fand man drei lokale Han-Beamte mit durchschnittenen Kehlen. Tage später wurden bei einer „Anti-Terror-Kampagne" in Xinjiang über 200 Uiguren festgenommen und zu Strafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Während der ersten Mai-Tage kam es trotz der überall verstärkten Polizeipräsenz zu Explosionen auf dem Süd-Bahnhof Urumchis mit drei Toten und 79 Verletzten und andererseits zu über 100 Verhaftungen.

Ende des Monats entdeckte die Geheimpolizei Pekings in einer Großaktion zwei geheime Anlagen des uigurischen Untergrunds zum Herstellen von Bomben; angeblich wurden dabei 1,8 Tonnen entsprechender Materialien sichergestellt. Es muß angenommen werden, daß viele ihrer Waffen aus verschiedenen Staaten kommen. Das Pekinger Staatsfernsehen behauptete, man habe auch heimliche Ausbildungslager entdeckt und im Mai über 200 Verdächtige verhaftet.

Während der Woche vor Pfingsten verurteilten Gerichte Xinjiangs neun Angeklagte wegen „Terrorismus" zum Tode, weitere 81 Uiguren erhielten langjährige Haftstrafen. Der Widerstand der Uiguren aber wird trotz aller Repressionen andauern, wahrscheinlich noch verbissener und blutiger werden. Nach ihren Angriffen fliehen die Rebellen-Gruppen zumeist sehr schnell in Verstecke der Wüstengebiete um Urumchi oder auch in die Berge mit ihrer Höhe bis zu 3000 Metern, in die die Han-Polizei sie aufgrund der für sie ungewohnten Kälte nicht verfolgen kann.

Einzelne Uiguren versuchen in ihrer Situation die Flucht ins Ausland. Werden sie indes von den Behörden in Kambodscha, Malaysia und inzwischen auch Thailand entdeckt, erfolgt grundsätzlich ihre Auslieferung an die Volksrepublik China. Gute Beziehungen zu Peking, nicht zuletzt wegen wirtschaftlicher Vorteile, sind ihnen ganz offensichtlich wichtiger als das weitere Schicksal der Flüchtlinge – das durchweg die Todesstrafe bedeutet.

Uigurischer Protest in München 2008.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Friedenspreis für „Soldatenmütter"

(igfm) Am 17. Juli 2015 wurde Ella Poljakowa, die Vorsitzende der „Soldatenmütter St. Petersburgs", im Hessischen Landtag mit dem Hessischen Friedenspreis geehrt. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) unterstützt seit Jahren die Arbeit der Soldatenmütter und sieht in der Verleihung eine Anerkennung zur rechten Zeit, denn erst vor wenigen Wochen hatte das russische Parlament erneut durch Gesetze die Rechte der Nichregierungsorganisationen weiter eingeschränkt und in einem Präsidentenerlaß Mitteilungen über die Ursachen des Todes von Soldaten zum Staatsgeheimnis erklärt. Die „Soldatenmütter St. Petersburgs", gegründet 1991, setzen sich gegen die in den russischen Streitkräften verbreitete brutale Behandlung von Rekruten ein, der jährlich einige Soldaten durch sadistische Folter, Totschlag oder in den Selbstmord getrieben zum Opfer fallen. Sie bekämpfen Fälle von Korruption und Erpressung von Wehrdienstleistenden und ihren Mißbrauch als Sklavenarbeiter, gehen Hilferufen von Soldaten bzw. ihren Angehörigen nach, leisten rechtlichen Beistand und schicken Beobachter vor Ort. Und sie leisten eine gerade jetzt wichtige Aufklärungsarbeit: Nur wenigen ist bekannt, daß es in Rußland keine allgemeine Wehrpflicht gibt, und auch die Bürger Rußlands wissen das nicht. Die Soldatenmütter klären daher Schulabgänger auf, damit sie nicht auf der Straße von Anwerbern durch Gruppendruck verpflichtet und gleich in Kampfgebiete geschickt werden, z.B. an die Grenze zur Ukraine mit der Option des Einsatzes dort.

Militärbehörden versuchen mit aller Macht, die Organisation in ihrer Arbeit zu behindern, Mitarbeiterinnen unter Druck zu setzen oder tätlich anzugreifen. Seit Jahren wird sie mit Prozessen und Vorladungen überzogen. Besuche von Steuerbehörden oder Staatsanwaltschaft behindern die Arbeit immens. Am 28. August 2014 wurde die Organisation in das Register des Justizministeriums Rußlands als „ausländische Agenten" eingetragen und muß sich selbst auf Briefköpfen und auf der eigenen Internetseite so bezeichnen.

Katz-und-Maus-Spiele

Wie die SED-PDS den Prozeß der Wiedervereinigung nutzte

Von Reinhard Dobrinski

Viele Ereignisse und daran gebundene Daten markieren den Weg zur deutschen Einheit. Zwei Daten sind in ihrer Stellung unangefochten:
Der 18. Mai 1990 und der 31. August 1990. Sie stehen für den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, GBl. I 1990 S. 331 und den Vertrag … über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag –, BGBl. II 1990 S. 885 ff.; GBl. I 1990 S. 1627 ff.

Noch am 15.12.1989 erklärte Hans Modrow vollmundig, daß es bezüglich einer „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten keinen Konsens gäbe. Wörtlich: „Ich gehe davon aus, daß beide Seiten über die Zukunft ihre eigenen Vorstellungen haben."

elementar gegen das Prinzip gleicher Wettbewerbschancen verstoßt.
Ausgehend von der gegenwärtigen Situation in der DDR und den dargestellten Folgen einer sofortigen DM-Einführung appellieren wir an Sie die von uns und vielen Sachverständigen aus Ost und West erarbeiteten Vorschläge im Interesse der Fortsetzung der "friedlichen " Revolution in der DDR bei Ihrem weiteren Vorgehen zu beachten.Stürzen Sie bitte die DDR und damit ganz Deutschland nicht in ein Abenteurer unabsehbarer sozialer Krisen.

Fachforum Wirtschaft
Dr.Pavel Strohner
Sprecher

Abb. 1.

Seine (Überzeugungs-)Kraft schöpfte Kronerbe Modrow, was vom Prinzip Hoffnung schon nicht mehr gedeckt war, aus den Gutachten der Experten für Wirtschafts-/Außenwirtschafts-, Finanz- und Haushaltpolitik des Partei- und Staatsapparates um Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck u. a. Die erste Version unter dem Datum vom 28.9.1989, „Geheime Kommandosache b5-1111/89", war mit einiger Wahrscheinlichkeit noch das Auftragswerk des SED-Generalsekretärs Erich Honecker. Der erdrückende Inhalt hatte es ihm dann sicher leicht gemacht zuzustimmen, als er am 17.10.1989 von der Kommandobrücke gestürzt wurde. Sein Amtsnachfolger Egon Krenz veranlaßte offensichtlich ein weiteres Gutachten, das am 30.10.1989 als „Geheime Verschlußsache b5 1158/89" vorlag.

Von der Erfolgsstory des Globalplayers DDR unter den mächtigsten Industrienationen der Welt blieb darin nicht eine Spur.

Der Verschuldungsgrad des DDR-Staatshaushalts (1990 war ein Ansteigen der Gesamtverschuldung auf 140 Mrd. M unvermeidbar) und die sich dramatisch zuspitzende Schieflage der DDR-Zahlungsbilanz waren sichere Indizien einer umfassenden Krisensituation. Die Zahlungsbilanz geriet danach schon 1989 in dramatische Turbulenzen. Ernüchternd die Zahlen: Die Valutaeinnahmen 1989 deckten nur etwa zu 35% die Valutaausgaben für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe, d.h. 65% der Ausgaben waren demzufolge nur durch Bankkredite und andere Quellen, was immer mit „anderen Quellen" gemeint war, zu finanzieren. In der Volkswirtschaft der DDR waren tiefgreifende Veränderungen, das Schlachten „Heiliger Kühe" eingeschlossen, zur Überwindung der Disproportionen unausweichlich, wollte man die drohende Zahlungsunfähigkeit abwenden. Den Genossen im Politbüro konnte man die Offenbarung nicht vorenthalten, daß bei eintretender Zahlungsunfähigkeit unvermeidlich der Internationale Währungsfonds (IWF) auf den Plan treten würde und dies ein Eingreifen in die Wirtschafts- und Finanzpraxis mit sich brächte. Aus heutiger Sicht der Genossen ein nicht minder großes Schreckgespenst.

6666-17-100250	1.400.000.000,00	ZK d. SED, Finanzverw./Parteibetriebe Honecker, Wildenhain, Langnitschke
6666-12-100251	300.000.000,00	wie vor
6666-18-100252	0,00	wie vor
6666-13-100253	1.730.000.000,00	wie vor

Abb. 2. Bankkonten-Übersicht, (von links): Konto-Nummern, Guthaben, Konto-Inhaber und Zeichnungsberechtigte.

Mit anderen Worten: Der DDR stand das Wasser bis zur Oberlippe, und allein die Atmung durch die zwangsläufig gehobene Nase garantierte ein Überleben, stille See vorausgesetzt, auf unbestimmte Zeit. Am ideologischen Glaubensbekenntnis wurde dennoch krampfhaft festgehalten und das DDR-Grenzregime einschließlich Transitgebühren als Verhandlungsmasse in der Hinterhand gehalten. Unerklärlich bis heute ist die Tatsache, daß der an beiden Gutachten beteiligte Alexander Schalck-Golodkowski die im Keller seines Dienstsitzes lagernden 21,2 t Gold (Gegenwert: rd. 500 Mio. DM), in der akuten Bedrohungslage unerwähnt ließ. Bleibt zu hoffen, daß er das Wissen um die Hintergründe des Schatzes nicht mit ins Grab genommen hat.

Es kam wie es kommen mußte: Der historische Materialismus erwies sich als der falsche Kompaß für die rasanten historischen Ereignisse im Herbst 1989 und Frühjahr 1990. Die Folgen der Grenzöffnung im August 1989 in Ungarn und der exzessiven Übergriffe am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR waren in den vorgenannten Analysen nicht mal in Fußnoten erwähnt. Es war Lothar de Maizière und dem altgedienten Chefstatistiker Arno Donda vorbehalten, mit dem letzten Statistischen Jahrbuch der DDR 1990 unter dem Begriff „Wanderungsverluste (244 078)" den Massentourismus von DDR-Bürgern auszuweisen: 296 958 Wegzügen stehen 52 880 Zuzüge (eventuell in der DDR verbliebene „Gastarbeiter" aus Bruderländern?) gegenüber.

Die Zahlen erreichten damit die Fluchtzahlen vor dem 13. August 1961, und keiner wußte, wie die DDR-Bürger zum Bleiben bewegt werden sollten. Die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik Deutschland und deren Landeswährung, die Deutsche Mark, wogen einfach schwerer als das SED-/PDS-Versprechen von einem Wohlstand auf Raten.

Das Neue Forum, Fachforum Wirtschaft, Dr. Pavel Strohner, wandte sich am 10.2.1990 brieflich an Hans Modrow: „Wir wissen, daß der Ruf zur schnellen Einführung der DM in unserem Lande immer lauter wird.

Die dadurch entstandene Psychose in der Bevölkerung wird nach unserer Auffassung in kaum zu verantwortenden (sic!) Weise wahlpolitisch ausgenutzt. Die reale Wirkungsweise einer schnellen Einführung der DM ist derzeit stark umstritten." Das Schreiben schloß mit einem Appell, der Modrow unter Bezug auf die Folgen einer sofortigen DM-Einführung eine gesamtdeutsche Verantwortung auferlegte (Abb. 1).

Ideologische Träumereien verfehlten die Situation. Unüberhörbar die einfache Formel: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!" Die tiefen Einschnitte in die DDR-Volkswirtschaft waren, selbst wenn Insider das posthum immer noch ganz anders sehen, ohne den Abschluß des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18.5.1990 und die auf den 1.7.1990 festgesetzte Währungsumstellung auf „Deutsche Mark" nicht mehr abwendbar.

Für die SED-Erben, die SED/PDS, verband sich mit der einen Katastrophe eine weitere, und zwar die drohende Offenlegung ihres seit 1946 angehäuften Vermögens, das in den Berichterstattungen gegenüber dem Parteivolk auf Parteitagen nie offenbart und gehorsam nie angefragt wurde. Die Partei der Arbeiter und Bauern war Rechtsträger eines riesigen Konzernbetriebes, bestehend aus Immobilien, einer Vielzahl von Unternehmen, insbesondere Druckhäuser, Verlage, die bekannten „Denkfabriken" des Marxismus-Leninismus, Parteischulen, Betriebe der Werbe- und Ausstellungsgestaltung, Fremdsprachendienst, Ferien- und Gästehäuser usw. Die Früchte der wirtschaftlichen Tätigkeit fielen, gestützt auf das sich selbst zugeeignete Preis-, Werbe- und Papiermonopol, besonders üppig aus. Vermögensanlagen erfolgten in der DDR und im Ausland unter Wahrung der konspirativen Grundsätze. Die bei der Staatsbank der DDR und verschiedenen anderen Kreditinstituten angehäuften Guthaben bildeten einen Kapitalstock in mehrfacher Milliardenhöhe. Nur der Struktureinheit „Finanzverwaltung/Parteibetriebe beim ZK der SED", einem Kreis handverlesener Genossen aus dem Parteiapparat, und unverzichtbaren Helfern der Hauptabteilungen (HA) I der Staatsbank der DDR und des Ministeriums der Finanzen ward Einblick gewährt.

Die Kontovollmachten der Konten mit den Milliardenguthaben (Archiv: FORUM) nennen wiederkehrend die Namen: Honecker, Wildenhain, Langnitschke, daneben Zeichnungsberechtigte der jeweiligen Institution. Ob den Trägern elitären Wissens jemals Gesamtrechnungen, vergleichbar „Konzernbilanzen", vorgelegt wurden, vermag m. E. auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit niemand zu sagen. SED/PDS und Die Linke haben alles getan und nichts ausgelassen, um die wahren Zusammenhänge und Vermögensverhältnisse zu verschleiern.

Begünstigt wurden diese Vabanquespiele durch halbherzige, die friedliche Revolution unterlaufende Gesetzgebungsakte sowohl der Modrow-Regierung (eine Selbsthilfegruppe) als auch der de-Maizière-Regierung. In diesem Sinne herausragend das Parteiengesetz vom 21.2.1990, GBl. I S. 66 einschl. Nachbesserung durch das Änderungsgesetz vom 31.5.1990, GBl. I S. 275. Daß Parteien sich hinsichtlich ihres Vermögens der Frage des rechtmäßigen Erwerbs nach rechtsstaatlichen Grundsätzen werden stellen müssen, dürfte beiden Regierungschefs lange klar gewesen sein, aber erst mit den Einschüben der §§ 20a und 20b im Mai 1990 wurde Handlungsbereitschaft simuliert. Anstelle einer klaren gesetzlichen Regelung über die Beschlagnahme der dubiosen Vermögen gab es Ermessensregelungen, die die SED/PDS zu ihren Katz-und-Maus-Spielchen geradezu einlud. Und sie hat diese Spiele, demagogisch gut verpackt, bis zum Erbrechen gespielt.

Viel Zeit ließen sich Lothar de Maizière und Finanzminister Walter Romberg auch mit der gesetzgeberischen Vorbereitung der Währungsumstellung; das Gesetz zur Feststellung von rechtswidrigen Handlungen mit Wirkung auf die Währungsumstellung … vom 29.6.1990, GBl. I S. 501, erschien drei Tage nach Einführung der „Deutschen Mark". Das Kernstück: eine „Prüfbehörde Währungsumstellung". Die Leitung wurde dem Chef der Staatlichen Finanzrevision, Gerd Henneberg, übertragen. Im Verbund mit der Staatsbank der DDR sollte die Prüfbehörde rechtswidrige Handlungen gegen die Währungsumstellung feststellen. Der Prüfungsbedarf wurde gegenüber juristischen Personen, und damit auch gegenüber politischen Parteien, jedoch kraft Gesetzes bagatellisiert. Prüfungen wurden allein auf die Neueröffnung (!) von Konten nach dem 1.1.1990 mit Guthaben größer als 250 000 Mark der DDR beschränkt. Eine Einladung zu den Finanztransaktionen, die über ein Jahrzehnt die Arbeit zur Klärung rechtswidriger Handlungen gegen die Währungsumstellung und der Feststellung des tatsächlichen Vermögensstatus von Unabhängiger Kommission für das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestags, Treuhandanstalt, Ermittlungsbehörden und Gerichten bestimmen sollten.

Mit Blick auf die Währungsunion sollen hier im Rahmen unseres Forschungsthemas „SED-/MfS-Finanzgebaren als Bestandteil des repressiven Systems" recherchierte bzw. zugänglich gewordene Quellen zu Finanztransaktionen der SED, SED/PDS zur Minderung von Risiken der friedlichen Revolution bezüglich des Parteivermögens im Vorfeld der „Währungsumstellung" und danach dargelegt werden. Wesentlich ist dabei eine durch die Staatsbank der DDR, HA I (Schaltzentrale des konspirativen Zahlungsverkehrs zur finanziellen Abschirmung der SED-Diktatur) im Januar 1990 gefertigte Kontenübersicht (ohne Unterschrift) mit Guthaben über 4,4 Mrd. M (Abb. 2) und die Löschung der Verrechnungskonten für den konspirativen Zahlungsverkehr über die (Sonder-)Kreditinstitute/Sparkassen der SED und des MfS, unverwechselbar durch Vorsatzziffern „6612 I – VI" in den Konto-Nummern (Abb. 3).

SED-/MfS-Sparkassen (Nullstellung der Verrechnungskonten der Staatsbank der DDR, HA I)

Vorsatz-Ziffer	Verrechnungs-konten/Staatsbank	Guthaben Datum	Mark der DDR	Nullstellung Datum	Kontostand/Lastschrift
6612 I	6666-13-250024	20.10.89	13.289.393,03	27.04.90	40.499,04
6612 II*	6666-19-250025	08.11.89	276.391.297,62	14.05.90	6.640.356,97
6612 III	6666-14-250026	08.11.89	1.239,23	12.01.90	1.995,20
6612 IV	6666-15-250028	25.10.89	3.870,30	10.01.90	114,75
6612 V	6666-10-250029	**Kontoeröffnung:** 13.01.1975 Löschung: 02.12.1985 gez. Wildenhain			
Auffälligkeit: Zeichnungsberechtigter u.a. Wischniewski					
6612 VI	6666-15-250036	01.01.89	8.456.401,36		20.941,43

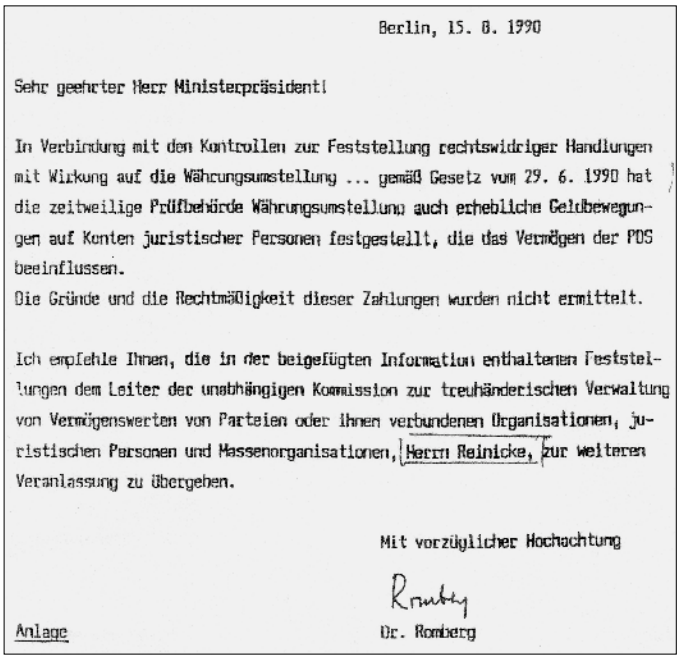
* MfS-Sparkasse

Quelle:
Kontenumsätze II Staatsbank der DDR
EF 6100 232 277 40.0

Abb. 3.

delsbank AG, Konto 1258, überwiesen. In der Information der Prüfbehörde vom 15.8.1990 an Finanzminister Romberg und dem Schreiben Rombergs an Ministerpräsident de Maizière unter gleichem Datum werden alle für eine Prüfbehörde relevanten Angaben, wie der Tag der Überweisung und die Unterschriften auf dem Kontoeröffnungsantrag und dem Überweisungsträger, unterlassen.

Minister Romberg teilt dem Ministerpräsidenten schlicht mit: „Die Gründe und die Rechtmäßigkeit dieser Zahlungen wurden nicht ermittelt." Das heißt, daß er die Prüfbehörde und sich selbst von der gesetzlichen Prüfungspflicht freigestellt hat (Abb. 4). Bei dem gegebenen Hintergrund stellte sich jedoch die Frage nach dem Tatbestand der Rechtsbeugung gemäß § 244 StGB (DDR). Geradezu irreführend ist Hennebergs Hinweis, daß „Mit der Schließung der im ehemaligen AfNS [abgek.] integrierten Sparkasse [vom dortigen] Konto 6612-35-445007 …" der genannte Betrag überwiesen wurde. Das ist falsch, und zwar ausweislich der in HA I geführten Verrechnungskonten der (Sonder-)Sparkassen.



Berlin, 15. 8. 1990

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

In Verbindung mit den Kontrollen zur Feststellung rechtswidriger Handlungen mit Wirkung auf die Währungsumstellung ... gemäß Gesetz vom 29. 6. 1990 hat die zeitweilige Prüfbehörde Währungsumstellung auch erhebliche Geldbewegungen auf Konten juristischer Personen festgestellt, die das Vermögen der PDS beeinflussen.
Die Gründe und die Rechtmäßigkeit dieser Zahlungen wurden nicht ermittelt.

Ich empfehle Ihnen, die in der beigefügten Information enthaltenen Feststellungen dem Leiter der unabhängigen Kommission zur treuhänderischen Verwaltung von Vermögenswerten von Parteien oder ihnen verbundenen Organisationen, juristischen Personen und Massenorganisationen, Herrn Reinicke, zur weiteren Veranlassung zu übergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Romberg

Anlage

Dr. Romberg

Abb. 4.

Das Verrechnungskonto 6612 II 6666-19-250025 der MfS-/AfNS-Sparkasse wurde am 14.5.1990 mit einer Lastschrift in Höhe des Guthabens über 6 640 356,97 Mark der DDR (Empfängerkonto nicht ersichtlich) abgeräumt. Nach den bis November 1989 zurückzuverfolgenden Bankbuchungen haben zu keinem Zeitpunkt Guthaben auch nur annähernd die Größenordnung von 460 Mio. M erreicht. Die Einrichtung des Kontos 6612-35-445007 und die darüber ausgelöste Überweisung kann m.E. schlüssig nur mit einer Absprache zwischen der HA I und der PDS erfolgt sein, um die Herkunft der halben Milliarde zu verschleiern (eventuell zur Rückführung eines Bargelddepots in den Bankenkreislauf?). An diese Transaktion schlossen sich Versuche der Rettung wenigstens eines Teils des über die Währungsumstellung „geretteten" Umstellungsbetrages, stolze 107 Mio. DM, an. Die Gysi-Getreuen Finanzjongleure Langnitschke † (Verkehrsunfall in der Schweiz), Kaufmann, Großmann und Pohl versuchten diese auf Konten der Moskauer Firma Putnik zu transferieren. Der langjährige Rechtsstreit wegen Untreue der Parteidiener endete im Desaster. Die Urteile von zwei Jahren bzw. einem Jahr und neun Monaten (zur Bewährung ausgesetzt) wurden am 20. Juni 1995 durch die 14. Strafkammer des Landgerichts Berlin aufgehoben, weil Untreue nicht nachgewiesen werden konnte, Az.: (514) 22 Js 287/90 KLs (9/93). Ja, die Fixierung auf den Tatbestand der Untreue war ein Trojanisches Pferd, das Ministerpräsident de Maizière und Finanzminister Romberg durch ihre unverantwortliche Haltung gegenüber den Feststellungen der Prüfgruppe Henneberg als DDR-/SED-Erbmasse am 3. Oktober 1990 im Rucksack hatten. Sie bürdeten Staatsanwaltschaften und Gerichten auf, was noch Amtspflicht der DDR-Behörden war. Das Versäumnis – ein Geschenk an die PDS.

Die SED/PDS ihrerseits stand mit Geschenken nicht zurück: Das Ausreichen von Darlehen und Zuwendungen an natürliche und juristische Personen und Hinterlegungen bei Rechtsanwälten (von Henneberg konkret aufgeführt) fiel in diese Kategorie. Zugleich war es aber ein ungeeigneter Versuch des PDS-Vorstandes, sich über ausgereichte 378 Mio. M etwas „ärmer" zu rechnen und Treue gegenüber der Partei über den 3. Oktober 1990 hinaus finanziell zu fördern. Die Tatsache, daß diese Darlehen nicht oder unzureichend besichert wurden, ist ein untrüglicher Hinweis auf die Vorteilszuweisung an die Empfänger. Im Falle der 300 Mio. M an die Humboldt-Universität war es eine Investition in die Zukunft, da diese milde Gabe in ihrer Wirkung auf die Studentenschaft Nachhaltigkeit versprach.

Wie irreführend die Informationen der SED/PDS zum Parteivermögen von Anbeginn gewesen sind, zeigt allein die Summierung der Guthaben: gemäß Kontenübersicht der HA I vom Januar 1990 in Höhe von 4.445 Mio. M, eines Kontos beim Berliner Stadtkontor 1.237 Mio. M, aus der Überweisung laut Bericht der „Prüfgruppe Währungsumstellung" vom 15.8.1990 460 Mio. M, Bankguthaben insgesamt: 6.142 Mio. M.

Die vom PDS-Vorstand im Juli 1990 vorgelegte Bilanz per 31.12.1989 folgt genau vorgenannter Linie. Das Neue Deutschland vom 25.7.1990 liest sich allerdings so: „In dieser Bilanz sind natürlich alle Vermögensveränderungen … in der Zeit vom 7. Oktober 1989 bis zum 31.12.1989 berücksichtigt."

Genannt werden allerdings (im Gegensatz zur Kontenübersicht) finanzielle Mittel laut Jahresbilanz in Höhe von 2815,9 Mio. M, allein 2405,1 Mio. M entfielen auf eine sogenannte finanzielle Umlaufmittelreserve. „Diese finanziellen Bestände wurden mit der Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1990 durch die PDS übernommen. Außerhalb der SED-Bilanz und damit der Vermögensrechnung bestanden per 31.12.1989 finanzielle Fonds in Höhe von 3242,3 Mio. M und 75,3 Mio. VM." Danach folgt der Hinweis auf im Rahmen der Erneuerung (!) der Partei getroffene Entscheidungen zur Verwendung dieser Vermögen. Genannt sind Abführungen an den Staatshaushalt und der Einsatz für gemeinnützige Zwecke in Höhe von 3041,0 Mio. M. Ein herausragendes Beispiel für die Beherrschung der Hohen Schule der Demagogie durch die Stäbe des Partei- und Finanzmanagers Gregor Gysi. Hemmungslos nachgelegt wird mit einer kleinen Anfrage (Nr. 13/5423) im Deutschen Bundestag, mit der Auskunft über die gemeinnützige Verwendung des SED-Vermögens und im Zusammenhang mit dessen Sicherung entstandene Rechtskosten begehrt wurde.

Nur sechs Jahre nach der deutschen Einheit baute Gysi schlitzohrig darauf, daß seine Strategie zur Verschleierung des SED-Vermögens dem Vergessen anheim gefallen war und die PDS/Die Linke sich nun als die tatsächliche Bewahrerin der sozialen Balance in der Bundesrepublik Deutschland herausstellen darf. Irrtum oder Volksverdummung?

Daß Mitgliedsbeiträge die Quelle des Parteivermögens waren, konnte nach Bekanntwerden des „Finanzmonopols" der SED selbst mit der dreistesten Lüge nicht mehr aufrecht erhalten werden. Für gutgläubige Genossen ist es jedoch noch heute der ideologische Rettungsanker.

„Ohne Kenntnisse“

War die Wiedervereinigung vorhersehbar?

Wenn die Deutschen am 3. Oktober den 25. Jahrestag ihrer wiedererlangten Einheit feiern, werden wohl nicht wenige Tatsachen verschwiegen. Ebenso muß es peinlich sein für die politische Elite, ihre einstigen Äußerungen allzu oft in krassem Widerspruch zu ihren heutigen Behauptungen zu sehen. Mehr denn je wird man die Ausrede hören, die Ereignisse von 1989/90 hätte man nicht voraussehen können. Der SPD-Ostexperte Egon Bahr bekräftigte dies mit der Erklärung, selbst die westlichen Spionagedienste seien „ohne Kenntnisse“ gewesen. Wobei sich die Frage aufdrängt, wieso er glaubte, dies wissen zu können: Denn entweder durfte er deren sämtliche Geheimakten lesen oder jene beichteten ihm ihr angebliches Nichtwissen – beides ist unmöglich.

Wahr ist das genaue Gegenteil. Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst war sogar überaus gut informiert. Präsident wurde 1985 Dr. Wieck, zuvor Botschafter in Moskau. Nach seiner schon recht früh geäußerten Ansicht werde die UdSSR zur notwendigen Neuorientierung ihres Wirtschaftssystems die DDR fallen lassen müssen, weil diese nur Ballast sei. Im Sommer 1988 prognostizierte er baldige „grundlegende Veränderungen in der DDR“. Bei Jahresende besaß der BND alle Namen und Anschriften sämtlicher Stasi-Mitarbeiter und hatte ein Mitglied des ZK der SED mit guten Verbindungen zu Honecker und Mielke für sich gewonnen, das bis zuletzt „äußerst wichtige Nachrichten“ lieferte. Auch die DDR-Streitkräfte bis in ihre Spitze waren kein Geheimnis. Von der sowjetischen Besatzungsarmee wußte man: bei Unruhen in der DDR würde sie nicht mehr schießen.

Bundeskanzler Kohl indes glaubte besser informiert zu sein durch die Ständige Vertretung Bonns in der DDR, deren Juristen aber ebenfalls keinerlei Gespür für Veränderungen im anderen Teil Deutschlands hatten. Als am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70 000 Menschen gegen die schießbereiten Soldaten und Polizisten demonstrierten und diese zum Rückzug zwangen, fragte das Bundeskanzleramt beim BND an, ob es sich dabei um „westdeutsche Neo-Nazis“ handle. Entgegen allen BND-Kenntnissen glaubte Kohl voller Naivität den amtlichen Propaganda-Zahlen, die DDR sei die „zehntstärkste Industrienation der Erde“. Gorbatschows spätere Zustimmung zur Einheit basierte nicht auf den Argumenten Kohls und auch nicht auf seinem guten Willen gegenüber Deutschland, sondern gänzlich und allein auf der Notwendigkeit, überlebenswichtige Gelder von Bonn zu erhalten.

Als an jenem 9. November 1989 das Kabinett nach Polen flog, rief eine Senatorin West-Berlins beim Bundeskanzleramt an, ob für den Fall der Mauer „irgend etwas vorbereitet sei“ – sie wurde ausgelacht.

Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990

Interne sowjetische Analysen. Dokumente

Von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler, Manfred Wilke (Hg.)

Metropol-Verlag 2015, 366 S., 24,– €

In Warschau prophezeite Solidarność-Führer Wałęsa dem Kanzler, die Mauer habe „keine zwei Wochen mehr“. Auf seine Frage, ob er darauf vorbereitet sei, entgegnete Kohl: „Das wird nicht passieren!“ Erst als er am 19. Dezember 1989 in Dresden – er hatte nur wenige Interessierte erwartet – von Abertausenden umjubelt wurde, erkannte er die Sehnsucht der DDR-Bevölkerung nach Wiedervereinigung. Von diesem Zeitpunkt an hat Kohl sich mit bewundernswürdiger Energie für die Beendigung der Trennung eingesetzt, und insofern ist er wirklich „der Vater der deutschen Einheit“.

Von den Parteien waren CDU und CSU die einzigen, die an der Einheit festhielten, obwohl auch hier wichtige Kräfte lediglich äußerlich für sie eintraten. Die SPD gab dieses Ziel bereits 1970 auf; 1988 sprach Willy Brandt von ihr als der „Lebenslüge“, und selbst nach dem Sturz der Mauer behielt er die Appeasementpolitik gegenüber der SED bei. Sein damaliges Wort „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ war nach SPD-Unterlagen nicht auf Deutschland gemünzt, sondern generell auf Europa. Noch im Dezember 1989 war von ihm zu hören: „Eine Wiedervereinigung kann ich mir schwer vorstellen.“ Egon Bahr war der größte Befürworter der weiteren Teilung. Für ihn war Wiedervereinigungspolitik „Lüge, Heuchelei“ und „politische Umweltverschmutzung“. Selbst Ende 1989 plädierte er dafür, „die Teilung als historische Gegebenheit zu akzeptieren“. Außenminister Genscher hat viele Verdienste um die Einheit, doch im Sommer 1989 betonte er gegenüber dem US-Botschafter, diese liege „für die nächste Zukunft schlechthin nicht im Bereich des Möglichen“. Bis zum Schluß waren die Grünen gegen die Vereinigung, diese wäre „ein Unglück für das deutsche Volk“.

Hatte das Bundesverfassungsgericht allen politischen Organen der Bundesrepublik zur Rechtspflicht gemacht, „die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben“, so wurde die Realität zum Gegenteil. Anfang 1989 sah knapp ein Prozent der Westdeutschen die Wiedervereinigung als „wichtigstes politisches Problem“. Desinteresse, Gleichgültigkeit gegenüber den Landsleuten „drüben“ bestimmten den Durchschnitts-Bundesbürger, man hatte sich mit der Teilung abgefunden, die Mauer wurde eine Selbstverständlichkeit. Und wie viele Bundesdeutsche spionierten für die Stasi gegen ihr eigenes Land! Überall im freien Teil Deutschlands gab es großangelegte Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit, aber keine einzige für die unterdrückten Deutschen jenseits der Mauer. In einem längeren Artikel schrieb Bundeskanzler Kohl später: „Schon in den siebziger Jahren war die Einheit nur noch für wenige in unserem Land eine Herzensangelegenheit. Wer damals für die Einheit eintrat, galt als Ewiggestriger oder Kriegstreiber.“

Ob die Geschichte einmal über die Westdeutschen schreiben wird, diese wären in jenen Jahren der Trennung ihrer nationalen Verantwortung nachgekommen? Oder wird sie feststellen müssen, die Durchschnitts-Bundesbürger in Freiheit und Wohlstand hätten damals – versagt?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Grotewohl-Expreß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

Happy-End

Die Geschichte von Iris und Bernd

Stacheldraht: Sie wollen Ende September dieses Jahres heiraten. Wann haben Sie sich kennengelernt?

Bernd: Im Sommer 1966, wir waren beide 14 Jahre alt.

Stacheldraht: Hat es damals schon gefunkt?

Iris: Ja, aber wenn ich das richtig erinnere, habe ich es bei Bernd nicht bemerkt. So nach dem Motto: Jungs sind sowieso zwei Jahre hinter den Mädchen zurück.

Fotos: Privat

Iris Osterberg und Bernd Lippmann 1966…

Stacheldraht: Weshalb haben Sie sich damals aus den Augen verloren?

Iris: Ich habe in Flensburg gewohnt, Bernd in Freiberg. Ich bin nur mit meiner Mutter gekommen, die ihre Mutter dort im Altenheim besuchen wollte. Und da brauchten wir eine Unterkunft, die fanden wir bei der Familie Lippmann. So haben wir uns kennengelernt. Aber wir waren viel zu jung, um weiter planen zu können.

Bernd: Man konnte ja nicht in den Westen. Wir haben uns allerdings noch lange geschrieben, bis etwa 1972.

Iris: Und da war das eben auch so, wir mochten uns zwar sehr, aber wußten, das geht irgendwie nicht. Wir sind davon ausgegangen, daß die Grenze bestehen bleiben würde.

Stacheldraht: Sie hätten sich allerdings schon vor der Wiedervereinigung sehen können. Wann wurden Sie als politischer Häftling freigekauft?

Bernd: Ich bin am 5. November 1975 in den Westen gekommen, mit dem Transport nach Gießen. Meine erste weitere Fahrt war zu Iris. Aber sie war verheiratet, und damit blieb es ein Gespräch unter Freunden.

Iris: Das erzählst du jetzt aber ziemlich einseitig. Du warst ja auch nicht frei.

Bernd: Ich war damals verlobt und habe auf meine Verlobte gewartet, die später allerdings nicht mehr in den Westen wollte. Wer weiß, wie es anders hätte kommen können.

Stacheldraht: Wußten Sie damals, daß Sie den gleichen Beruf, Lehrer, ergriffen hatten?

Iris: Wahrscheinlich, ja. Aber wir hatten wohl andere Themen, die uns brennender interessierten, als unsere berufliche Karriere.

Bernd: Da kann ich nur zustimmen. Das ist ja bis heute so.

Stacheldraht: Wie haben Sie sich jetzt nach so vielen Jahren wiedergefunden?

Bernd: Iris war mit ihrer Klasse hier im Museum und hat vorher irgendwo meinen Namen gelesen, nicht?

Iris: Ja, ich habe recherchiert, was ich mit meiner Klasse in Berlin Sinnvolles unternehmen könnte. Dabei bin ich im Internet auf das Stasi-Museum gestoßen. Dort habe ich Bernds Namen gelesen und gedacht, das müßte er eigentlich sein. Ich habe ganz naiv gedacht, na, vielleicht läuft er dir über den Weg. Er ist mir natürlich nicht über den Weg gelaufen. Aber die Referentin, die unsere sehr interessante Führung gemacht hat – die Schüler waren Feuer und Flamme –, die habe ich gefragt, ob das der Bernd Lippmann aus Freiberg ist. Sie fand unsere Geschichte richtig spannend und schlug vor, daß ich ihr meine Telefonnummer für Bernd hinterlassen sollte. Ein paar Stunden später hat er angerufen.

Stacheldraht: Als Sie sich wiedergesehen haben, hatten Sie da das Gefühl, daß Sie sich doch fremdgeworden waren?

Bernd: Im Gegenteil, wir haben uns auch sofort erkannt auf dem Bahnhof.

Iris: Ja, schon am Telefon. Einfach, seine Stimme zu hören – da war er sofort wieder präsent.

Bernd: Es war, als hätten wir uns erst letzte Woche getroffen.

Stacheldraht: Nachdem Ihre Frau verstorben war, hätten Sie eigentlich auch Kontakt aufnehmen können.

Bernd: Ich bin einfach nicht auf diese Idee gekommen. Es bedurfte dieses Telefongesprächs. Als die Referentin mir Iris' Namen sagte, durchzuckte es mich wie ein Blitz. Da wußte ich, ich muß sie unbedingt wiedersehen. Wie hast du es mal formuliert, eine Mauer ist eingerissen? Das ist bei mir genauso gewesen. Aber daß eine alte Liebe plötzlich neu ersteht, das war schon wie ein Wunder für mich. Jedenfalls bin ich nach Kiel gefahren, und wir haben ein Wochenende miteinander verbracht und uns unterhalten, nur unterhalten, über Tod und Teufel. Bevor ich wieder in den Zug stieg, mußte ich ihr allerdings noch sagen, wie es damals war, daß ich nämlich in sie verknallt war und daß davon noch eine Menge übrig ist. Es dauerte nicht lange, und ich war wieder in Kiel. Dieses Wochenende war dann etwas anders, aber wir hatten immerhin noch Zeit zum Spazierengehen.

Stacheldraht: Warum heiraten Sie nicht am 3. Oktober, das würde doch zu Ihrer Geschichte passen?

Iris: Das ist eine schöne Frage. Die ist mir auch schon in den Sinn gekommen. Ich glaube, wir haben einfach gesagt, wir wollen heiraten, und dann einen Termin festgelegt, ohne über eine Symbolik nachzudenken.

Stacheldraht: Vielen Dank und alles Gute für Sie.

…und 2015.

Rentenunrecht für SED-Verfolgte bleibt bestehen

Die Antwort des Petitionsausschusses vom 2. Juli 2015 zur (Neu)-Regelung der Rente für SED-Verfolgte, die vor dem 9. November 1989 in das System der „alten Bundesrepublik" eingegliedert worden sind und somit aus dem System der DDR ausgegliedert waren, ist ein wiederholter Schlag ins Gesicht der 360 000 in die Bundesrepublik übergesiedelten Menschen.

Wir sind zum Zeitpunkt des Mauerfalles Bundesbürger der alten Bundesrepublik gewesen und waren deren Bürgern gleichgestellt und nicht den bis zum Mauerfall in der DDR lebenden Menschen. Wir befanden uns vor dem Mauerfall auf der Seite des Rechts. Wir hatten zu unrecht in Gefängnissen gesessen und wurden zu unrecht in der Diktatur festgehalten. Nach dem Mauerfall wurden wir in das Unrecht zurückgestoßen. Das bedeutete in unseren Biographien: einen Schritt zurück in Richtung DDR, gegen die wir rebelliert hatten.

– Das Dokument der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR galt plötzlich nicht mehr. Mit der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und der Einbürgerung in die Bundesrepublik war für mich die Einreise in die DDR zeitlebens gesperrt worden, war ich also eine Bundesbürgerin und keine DDR-Bürgerin mehr (s. Abb.).

– Das Bundesnotaufnahmeverfahren galt nicht mehr.

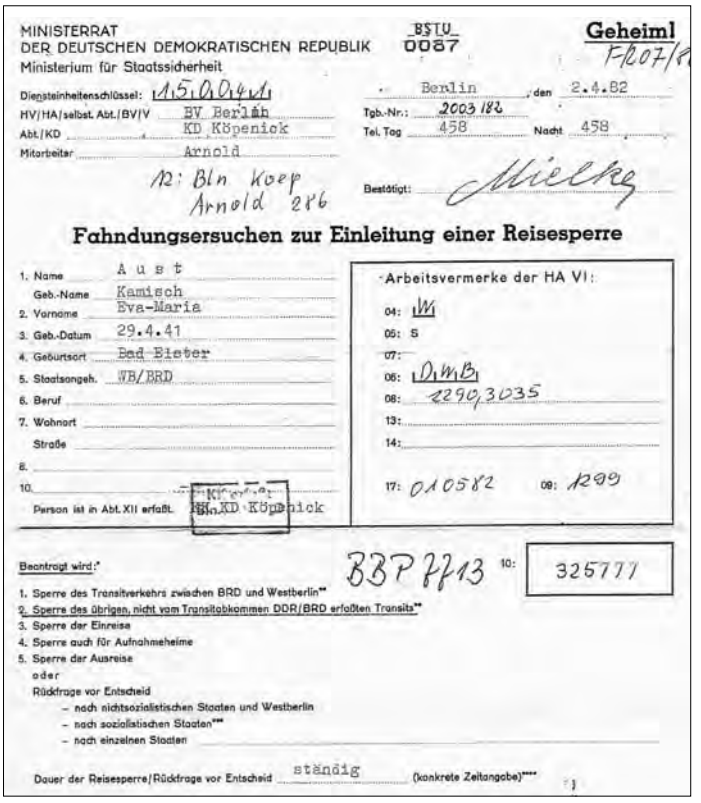
– Der C-Ausweis für Vertriebene und Flüchtlinge galt nicht mehr.

Diese Dokumente besaß das Gros der bis zum Mauerfall in der DDR verbliebenen Bürger zu keinem Zeitpunkt. Sie arbeiteten und lebten „ganz normal" bis zum Mauerfall ohne staatliche Eingriffe. Einem normalen DDR-Bürger wurde zu keinem Zeitpunkt ein PM 12 als Ersatzausweis für den Personalausweis ausgestellt. Diesen bekamen nur Personen, die als „kriminell gefährdete Elemente" (SED-Verfolgte) bezeichnet wurden, ausgehändigt. Das war eine Zwangsmaßnahme, der die „kriminellen Elemente" in ihrer Bewegungsfreiheit beschnitt, gefesselt an einen bestimmten Ort oder an das Land DDR; gleichzeitig verwehrte der PM 12 auch Aufenthalte im sozialistischen Ausland.

Mit der neuen Rentenregelung im vereinten Deutschland werden nun die SED-Verfolgten wieder als DDR-Bürger behandelt. Alle vorgenannten Verfahrensweisen, Dokumente usw. im ehemals gespaltenen Land werden außer Kraft gesetzt, sodaß das geltende Recht der DDR-Diktatur wieder Anwendung findet, was einer Anerkennung des in der Diktatur vertretenen Rechts gleichkommt.

In den Bergen von Büchern zur Aufarbeitung des historisch verübten SED-Unrechts kann jedermann die Verfahrens- und Handlungsweisen gegenüber Andersdenkenden in der DDR und die von mir aufgeführten Dokumente nachlesen.

In seinem Blog vom 10. Juni 2015 formuliert es der in der „alten Bundesrepublik" sozialisierte Journalist Nicolaus Fest in seinem Beitrag „Zweimal verkauft: Der Rentenbetrug an DDR-Flüchtlingen" so:



MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

BStU 0087

Geheim!

Dienststelleneschlüssel: 1.5.0.0.4.1
HV/HA/selbst. Abt./BV/V: BV Berlin
Abt./KD: KD Köpenick
Mitarbeiter: Arnold

12: Bln Koep Arnold 286

Berlin, den 2.4.82
Tgb.-Nr.: 2003/82
Tel. Tag 458 Nacht 458

Bestätigt: Mielke

Fahndungsersuchen zur Einleitung einer Reisesperre

1. Name: Aust
Geb.-Name: Kamisch
2. Vorname: Eva-Maria
3. Geb.-Datum: 29.4.41
4. Geburtsort: Bad Elster
5. Staatsangeh.: WB/BRD
6. Beruf:
7. Wohnort:
Straße:
8.
10.
Person ist in Abt. XII erfaßt. BV Bln KD Köpenick

Arbeitsvermerke der HA VI:
04: WI
05: S
07:
06: DiMB
08: 2290/3035
13:
14:
17: 010582 09: 1200

Beantragt wird:* BBP 7713 10: 325777

1. Sperre des Transitverkehrs zwischen BRD und Westberlin**
2. Sperre des übrigen, nicht vom Transitabkommen DDR/BRD erfaßten Transits**
3. Sperre der Einreise
4. Sperre auch für Aufnahmeheime
5. Sperre der Ausreise
oder
Rückfrage vor Entscheid
– nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin
– nach sozialistischen Staaten***
– nach einzelnen Staaten

Dauer der Reisesperre/Rückfrage vor Entscheid: ständig (konkrete Zeitangabe)****

„Um so rätselhafter scheint, wie die Bundesrepublik mit diesen Leuten umgeht. In einem nebulösen, selbst Fachleuten kaum durchschaubaren Verfahren wurden die Flüchtlinge, selbst wenn sie schon in den 1970er Jahren nach Westdeutschland kamen und seitdem dort arbeiteten, rentenmäßig rückwirkend als DDR-Bürger eingestuft – auch psychologisch gegenüber Personen, die unter großen Entbehrungen gegen das DDR-Regime opponierten, eine Orwell'sche Ungeheuerlichkeit: DDR-Gegner werden nachträglich wie ‚Linientreue' behandelt, ihre Biographie rententechnisch zum Mitläufertum umgeschrieben. Einher mit der Neueinstufung gehen Rentenverluste von bis zu 30%, nicht wenige Flüchtlinge sind aufgrund rechtlicher Merkwürdigkeiten sogar schlechter gestellt als sozialistische Karrieristen. Nachdem die Flüchtlinge schon von der DDR um Werte und Eigentum gebracht wurden, agiert nun die Bundesrepublik als Nachfolgerin im Unrecht.

Wer Abgeordnete des Bundestags auf diesen Bruch des rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes und des eigentumsgleichen Anwartschaftsrechts anspricht, erlebt eine seltsam verschwörerische Sprachlosigkeit. Niemand will sich äußern, alle verweisen auf das laufende Verfahren vorm Bundesverfassungsgericht – als ob Abgeordnete niemals Stellung zu irgendwelchen Verfahren nähmen. Zudem ist das Bundesverfassungsgericht keine Parkzone des Gewissens: Offensichtliche Ungerechtigkeiten können Volksvertreter auch ohne Handreichungen aus Karlsruhe zum Thema machen. Daß eine Petition der Betroffenen seit 10 Jahren unbeschieden im Ausschuß liegt [seit 2.7.2015 negativ beschieden, E.A.] wirft ebenfalls ein ungutes Licht auf die Abgeordneten des Bundestages. Viel zu viele Juristen hat der Bundestag in seinen Reihen, doch keiner fühlt sich der Rechtspflege verpflichtet, nicht einmal angesichts größter Ungerechtigkeiten? […]

Dabei steht jenseits der rechtlichen Frage auch die Verantwortung im Raum: Wer hat dafür gesorgt, daß die Flüchtlinge nachträglich zu DDR-Bürgern erklärt und damit schlechter gestellt wurden? Wer hatte daran ein Interesse, wer die Gesetzesvorlage formuliert und eingebracht? Da nach dem Beitritt der DDR 1990 viele Linientreue vom rentenrechtlich zuständigen Bundesministerium übernommen wurden, könnte durchaus mehr als nur Zufall und Gedankenlosigkeit eine Rolle spielen. Das wäre ein lohnendes Thema für eines der großen Investigationsressorts."

Eva Aust, Berlin

Ein jährliches Bekenntnis

Öffentliche Gedenkfeier für die Opfer der Malchower Werwolf-tragödie 1945

Das Malchower Volksfest ist als das älteste Fest dieser Art zum immateriellen Weltkulturerbe erhoben worden. Nach dem Kinderumzug am ersten Freitag im Juli eines jeden Jahres weist das Volksfest als festen Programmpunkt ein Totengedenken aus.

Foto: Reinhard Klaus

Anna Kaminsky hielt die diesjährige Gedenkrede.

Die Stadt erinnert sich am Tag ihres traditionellen großen Jahresfestes an das ungewöhnliche Schicksal von zumeist jugendlichen Mitbürgern, denen das Kriegsende 1945 nicht zum Heil gereichte, sondern zum Schicksal wurde.

Dreizehn von dreiunddreißig als angebliche Werwölfe verhaftete Jungen und Mädchen kehrten aus der Haft nicht zurück. Vier wurden erschossen, darunter eine Neunzehnjährige und ein Sechzehnjähriger. Zwei sechzehnjährige Jungen nahmen sich wegen der brutalen Mißhandlungen bei den Verhören das Leben. Sieben kamen in den „Speziallager" genannten Sterbelagern der Sowjets um. Die letzten Überlebenden wurden im Frühjahr 1954 aus DDR-Haftanstalten entlassen, wohin sie 1950 von den sowjetischen Behörden überwiesen worden waren. Alle, auch die Erschossenen, wurden von den russischen Behörden nach 1989 rehabilitiert. Betroffene, Angehörige der Toten, Freunde und die Stadt Malchow bekennen jedes Jahr am Gedenkstein vor der ehemaligen NKWD-Kommandantur öffentlich:

Wir haben euch nicht vergessen!

Pünktlich um 11.45 Uhr wurde mit feierlichen Klängen eines Ensembles des Heeresmusikkorps Neubrandenburg die Gedenkstunde eröffnet. Wer die ergreifende Musik kannte, sang im stillen den Text dazu: „Locus este, in deo factus est…"

Die Grußworte, die der eigentlichen Gedenkrede von Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, vorausgingen, hätten jedes für sich der Feier Würde verliehen. Obwohl hauptsächlich der 70. Jahrestag des Kriegsendes das Stichwort zum diesjährigen Gedenken lieferte, hatte jeder Redebeitrag seine eigene, berührende Note, nichts wiederholte sich. Beiträge leisteten Anne Drescher aus Schwerin, Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, May-Britt Krüger aus Rostock, selbst Haftbetroffene und Vorstandsmitglied der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., und Theo Mittrup aus Berlin, Vorstandsbeauftragter der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Mariagnes Pense von der AG Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. las einen nahegehenden jüdischen Text.

Nach diesen Grußworten erklang das „Ave verum" des Bundeswehr-Ensembles und leitete über zur Gedenkrede von Dr. Anna Kaminsky, die mit Aufmerksamkeit und Beifall von der großen Anzahl der teilnehmenden Gäste aufgenommen wurde.

Wie im vergangenen Jahr sprach ein Schüler der gymnasialen Oberstufe der Fleesensee-Schule als Jugendlicher von heute über das Schicksal der Jugendlichen von 1945, die damals zumeist noch jünger als der Elftklässler waren. Eine bemerkenswert reife Ansprache! Schülerinnen und Schüler riefen anschließend die Namen der Toten auf, deren Gräber unbekannt sind und deren Namen auf keiner Gedenktafel stehen. Als dann Kränze und Gebinde am Gedenkstein niedergelegt waren, blies der Hornist des Bundeswehr-Ensembles die Silcher-Melodie „Ich hatt' einen Kameraden…"

Vielleicht ist es gut, wenn nach dieser seelisch so bewegenden, nachklingenden Weise ein Pastor spricht, wie es hier geschah, und so spricht, wie es dem evangelischen Pastor Malchows gegeben ist. Seinem Amen folgte die gemeinsam gesungene, vom Bläser-Ensemble begleitete Nationalhymne, mit den schönen Eingangsworten zu Haydns Melodie: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland…"

Alle Besucher der feierlichen Stunde wurden dann vom Besitzer des geschichtlich so belasteten Hauses, heute zu Ferienwohnungen ausgebaut, zur Kaffeetafel geladen, wobei die Schülerinnen und Schüler unter Leitung ihres Geschichtslehrers auch noch den Service übernahmen. Ein denkwürdiger Tag fand seinen Abschluß in Begegnungen und Gesprächen.

Detlev Putzar

Schüler legten weiße Rosen nieder

25. Mahn- und Gedenktreffen in Mühlberg

Unter dem Hochkreuz der Gedenkstätte für die Häftlinge des sowjetischen „Speziallagers" Nr. 1 1945-1948 des NKWD in Mühlberg versammelten sich am 5. September 2015 wieder an die 350 Besucher – für die Sitzgelegenheiten aufgestellt waren zwischen Bäumen und privat aufgestellten Grabkreuzen – zu einer beachtenswerten Gedenkfeier.

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sowie 70 Jahre nach Einzug der ersten Nachkriegshäftlinge, die aus verschiedenen GPU-Kellern auf das Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers verbracht wurden, hatte die Initiativgruppe Lager Mühlberg zum Gedenken eingeladen, das bereits am Freitag, dem 4. September 2015, im Rathaus von Mühlberg mit einem Vortrag von Wolfgang Oleschinski begann. Er referierte über die Speziallager 8 und 10 von Torgau.

Anschließend spielte Violinistin Anna Barbara Kastelewicz mit einem Kollegen einige eindrucksvolle Stücke, die interessanterweise von Mühlberger Gefangenen im Lager komponiert wurden. Noch ist nicht eindeutig geklärt, wie diese Kompositionen aus dem Lager gelangt sind, erklärte Frau Kastelewicz. Sie forscht noch über die „Lagermusik" für ihre Dissertation.

Am Sonnabend versammelten sich alle Besucher zunächst auf dem Gelände des nahegelegenen Friedhofes, um der Toten des Kriegsgefangenenlagers – hauptsächlich russische Gefangene – zu gedenken, und trafen sich anschließend zum ökumenischen Gottesdienst. Danach hielt Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, eine Rede. Sie umriß dabei die doppelte Geschichte des Lagers Mühlberg als Schauplatz totalitärer Gewalt des vergangenen Jahrhunderts und wies auf die deutsche Verantwortung hin, das Gedenken an begangenes Unrecht vergangener Diktaturen wachzuhalten.

Eine sehr schöne Idee war es, in weiße T-Shirts gekleidete Schüler ausschwärmen zu lassen, um an jedem der zahlreichen Kreuze und Gedenksteine eine weiße Rose niederzulegen.

Vertreter der Kommunal- und Landespolitik, wie die Bürgermeisterin von

Mühlberg, Hannelore Brendel, und der Bürgermeister vom benachbarten Bad Liebenwerda, Thomas Richter, nahmen wie immer an diesem Treffen teil. Unter den Gästen befanden sich auch 36 ehemalige Häftlinge des NKWD-Lagers – eine beeindruckende Anzahl!

Matthias Taatz, Leiter der Initiativgruppe Lager Mühlberg lud zum nächsten Treffen ein, man solle sich das erste und bzw. oder zweite Wochenende im September 2016 freihalten.

Sybille Krägel

Vorstand im Amt bestätigt

(jk) Auf ihrer Hauptversammlung am 6. September wählten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50 e.V. erneut Joachim Krüger einstimmig zu ihrem Vorsitzenden für die nächsten zwei Jahre. Stellvertreter wurde Michael Ney, zur Schriftführerin wurde Mariagnes Pense gewählt, das Amt des Kassierers bekleidet Reinhard Klaus. Alle drei gehörten auch dem letzten Vereinsvorstand an. In der vorhergehenden Aussprache zu den Rechenschafts- und Kassenberichten erfuhr die intensive Arbeit des Vorstandes viel Anerkennung, aber auch weiterführende Vorschläge wurden von den ca. 40 Anwesenden gemacht.

Der neue Vorstand (v.l.): Joachim Krüger, Michael Ney, Mariagnes Pense und Reinhard Klaus.

„Auch in den nächsten zwei Jahren werden wir uns aktiv dafür einsetzen, daß insbesondere bei jungen Menschen die Kenntnisse über die sowjetischen Speziallager nach 1945 verbreitet werden, um deren Engagement gegen jedwede Form von politischer Willkür und Entrechtung herauszufordern bzw. zu stärken. Dazu werden auch die überlebenden Zeitzeugen in unserem Kreis einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag leisten!", erklärte Krüger nach seiner Wiederwahl.

An den beiden Tagen zuvor hatten in der Gedenkstätte Sachsenhausen anläßlich der Eröffnung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 auf dem Gelände des Konzentrationslagers der Nazis vor 70 Jahren Veranstaltungen und Kranzniederlegungen stattgefunden.

Vergessene Opfer des Krieges

(st) „Gegen Krieg und Gewalt / Es mahnen die Opfer von Vertreibung, Verschleppung, Vergewaltigung und Zwangsarbeit / Ihre Leiden in den Wirren des Zweiten Weltkrieges sollen unvergessen bleiben – um zukünftiges Leid zu verhindern". Diese Worte stehen auf einem Gedenkstein, der den Frauen und Mädchen gewidmet ist, die zivile Opfer des Krieges und der Nachkriegsgewalt wurden. Er steht auf dem Standortfriedhof Lilienthalstraße in Berlin-Neukölln und ist der einzige seiner Art in Deutschland.

Am 10. September hatten der Frauenverband im BdV, die UOKG und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) zu einer Gedenkfeier am Gedenkstein eingeladen. Nach der Begrüßung durch Anna Michels-Boger von der UOKG ergriff Heiko Schmelzle, MdB, Mitglied der AG Vertriebene in der CDU/CSU-Fraktion das Wort. Er fragte, wie Traumata heilen könnten, wenn den Traumatisierten eine Mitschuld gegeben werde. Es habe Jahrzehnte gedauert, bis die Gesellschaft begriffen habe, daß sich Verbrechen nicht gegeneinander aufrechnen lassen. Inzwischen sei sexualisierte Gewalt weltweit geächtet. Weil auch heute noch Frauen in den Krisengebieten zu Opfern würden, müsse man sie in das Gedenken mit einschließen. Barbara Loth, Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, wandte sich an die anwesenden Zeitzeuginnen und dankte ihnen ausdrücklich für ihre jahrelange, ausdauernde Arbeit. Auch sie schlug einen Bogen zur ähnlichen Lage weiblicher Gewaltopfer heute.

Sybille Dreher vom Frauenverband im BdV stellte in ihrer Rede die Geschichte des Gedenksteines dar. Im Jahr 2000 habe der Frauenverband die Tagung „Frauen – die vergessenen Opfer des Zweiten Weltkrieges" veranstaltet. Nach einer Presseerklärung zu diesem Thema habe es zahlreiche Reaktionen gegeben, in denen ein Gedenkstein angeregt wurde. 2001 sei dieser mit Hilfe des Bundesministeriums für Frauen und des VdK errichtet worden. Der Stein fände allerdings noch nicht genügend öffentliche Beachtung, obwohl fast immer kleine Blumensträuße dort zu finden seien. Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nahm die Anregung spontan auf und versprach, den Stein künftig stärker in das Gedenken zum Volkstrauertag einzubinden. Daß die Befreiung nach 1945 für die Hälfte Europas in eine neue Diktatur mündete, müsse in ganz Europa noch stärker wahrgenommen werden. Sein Eindruck sei, daß jetzt zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges die verschiedenen Opfergruppen immerhin schon etwas besser gewürdigt wurden, ohne sie gegeneinander auszuspielen.

Während der Kranzniederlegung am Gedenkstein.

Nach der Kranzniederlegung und einer Schweigeminute beschloß Elke Kamm von Terre des Femmes die Feier mit einem kleinen Vortrag über sexuelle Gewalt in Kriegen und Krisen weltweit.

Europäisches Gedenken

Am 31. August 2015 hat das Osteuropa-Zentrum Berlin in Kooperation mit der UOKG eine Veranstaltung anläßlich des Europäischen Tags des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus durchgeführt. Dieser Tag wird seit 2009 am 23. August begangen, dem Datum der Unterzeichnung des sogenannten Hitler-Stalin-Pakts. Ein Veranstaltungsbericht erscheint in der nächsten Ausgabe.

Online-Votum

(kb) OvZ-DDR e.V. (Hilfe für die Opfer von DDR-Zwangsadoptionen)/Katrin Behr können den Publikumspreis für ihr Engagement gewinnen. Es gibt die Möglichkeit der Unterstützung per Online-Votum bis 31. Oktober 2015 auf www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis. Von dem Preisgeld soll ein Theaterstück zum o. g. Thema finanziert werden.

Suchanzeigen

Postkartenaktion

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

in der vorigen Ausgabe des „Stacheldrahts" riefen wir Sie in „Spuren …" dazu auf, uns Fotos aus Ihrer Haftzeit zukommen zu lassen und uns Ihre Geschichte zu erzählen – für ein zentrales Mahnmal.

Fotos: Dr. med. Horst Hennig

Vor der Haft.

Unsere Initiative dankt Ihnen herzlich für die Bereitstellung Ihrer Haftfotos und für das erwiesene Vertrauen! Wir möchten im Rahmen der Aktion „WIR LEBEN NOCH!" mit den Fotos die Spuren der politischen Verfolgung in der SBZ und DDR in den Gesichtern der Menschen eindrücklich nachzeichnen. In Form von Postkarten werden die einzelnen Schicksale unsere Abgeordneten im Bundestag erreichen, verknüpft mit der Aufforderung, sich für ein zentrales Mahnmal einzusetzen.

In Haft.

Am 20.12.1955, fünf Tage nach der Rückkehr.

Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe! Je mehr Menschen Postkarten versenden, desto dringlicher und überzeugender ist unsere Forderung! Wir machen deutlich, daß ein Mahnmal kein Thema ist, daß nur die „Ostdeutschen" betrifft, sondern daß Opfer der kommunistischen Diktatur in ganz Deutschland leben, ganz ähnlich wie die Leser des „Stacheldrahts".

In der nächsten Ausgabe wird jedem Exemplar eine Postkarte beiliegen. Ab einer Stückzahl von 20 Karten können diese bei uns nachbestellt werden. Senden Sie dazu einen rückfrankierten Umschlag (1,45 Euro) an die folgende Adresse:
Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
„Postkarten"
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Auf den Beispielfotos ist Dr. Horst Hennig (*1926), damals Medizinstudent, zu sehen. Er wird 1950 verhaftet und vom sowjetischen Militärtribunal in Halle zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In den GULag nach Workuta nördlich des Polarkreises deportiert, sieht er die Heimat erst im Winter 1955 wieder. Heute ist er rehabilitiert und lebt in Köln.

Zwangsarbeit

Haben Sie im Gefängnis für die Kooperativa Förbundet aus Schweden gearbeitet?

Vor drei Jahren drehten wir einen Dokumentarfilm für das Schwedische Fernsehen, wie Ikea während der DDR-Zeit Möbel in der DDR produzieren ließ, die von politischen Häftlingen hergestellt wurden.

Ein anderer schwedischer Großbetrieb, der Möbel und wahrscheinlich andere Waren aus der DDR kaufte, war Kooperativa Förbundet, auch KF genannt. Die Abteilung Möbel in KF lief unter dem Namen KF Interiör. Nun suchen wir Personen, die mit der Produktion für diese Firma in Kontakt kamen. Haben sie als politischer Häftling Waren für KF hergestellt? Es kann sich dabei um Möbel handeln, aber auch z.B. um Möbelteile, Heimelektronik, Spielzeug.

KF soll bereits in den sechziger Jahren Einkäufe in der DDR gemacht haben, und wir wissen, daß dies bei Möbeln auch in den achtziger Jahren stattgefunden hat. Damals hat z.B. das Möbelkombinat Ribnitz-Damgarten an KF geliefert.

Alle Angaben zu diesen Fragen können interessant sein. Für uns wäre es sehr wertvoll, mit jemandem in Kontakt zu kommen, der Kenntnisse über die Produktion für KF in DDR-Gefängnissen hat. Wenn Sie es wünschen, kann Ihr Name anonymisiert werden.

Kontakt über E-Mail bjorn.tunback@svt.se, Postadresse: Björn Tunbäck, Sveriges Television, SE-405 13 Göteborg, Schweden, Tel. (0046) 31 83 74 21.

Björn Tunbäck, Reporter

Aus der DDR Ausgereiste und Geflüchtete treffen sich...

...in Gesprächsgruppen im Internet.

Wir laden Menschen, die als Kinder mit ihren Eltern aus der DDR ausgereist oder geflüchtet sind, dazu ein, sich über ihr Leben auszutauschen.

Als Deine Eltern in den 70er und 80er Jahren die DDR verlassen mußten, gingen sie nicht allein – sie nahmen Dich mit. Ohne Dich darauf vorbereiten zu können, bist Du in ein neues Leben „hineinkatapultiert" worden und mußtest alles hinter Dir lassen. Jetzt kannst Du Dich in Biographie-Workshops mit Menschen, die Ähnliches erlebt haben, darüber austauschen.

Wir sind Juliane und Johannes Dietrich und haben mit über 200 ost- und westdeutschen Menschen verschiedener Generationen zu ihren Erinnerungen in Bezug auf die jüngste deutsche Geschichte gearbeitet. Wir sind selbst Angehörige der *Dritten Generation Ost* (Jahrgang 1975–1985, geb. in der DDR) und befinden uns seit mehreren Jahren auf einer emotionalen Entdeckungsreise in die eigenen DDR- und Wendebiographien.

In der Initiative *Dritte Generation Ost* vernetzen sich Menschen, die zwischen 1975 und 1985 in der DDR geboren sind. Sie wollen ihrer Generation eine Stimme verleihen und selbstbewußt in der Gesellschaft eigene Perspektiven vertreten. 2011 hat sich das Netzwerk gegründet. Neben der Gründung einer Unternehmergesellschaft (Wendekind gUG), eines eigenen Vereins (Perspektive Hoch 3 e.V.) und zahlreicher regionaler Netzwerke finden seitdem jährliche Generationstreffen statt, in denen die Teilnehmer/innen mit Vertreter/innen aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft über zentrale Problemfelder diskutieren.

In den Biographie-Workshops schaffen wir einen Verständigungsraum, in dem Du selbstbestimmt Deine Vergangenheit reflektieren und über Gegenwart und Zukunft nachdenken kannst.

Welche Ausreise-Geschichte hast Du, welche Bedeutung hat „Heimat" für Dich und was möchtest Du in der Welt bewirken?

Erstes Treffen der Gruppe ist am 30. September 2015. Die folgenden Termine werden miteinander vereinbart. Bitte melde Dich/melden Sie sich bei Juliane Dietrich, Tel. 0177 60 90 254 oder juliane@mein-leben-entdecken.de. Mehr Informationen zur Biographiearbeit gibt es unter: http://mein-leben-entdecken.de/

Spendenaufruf

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Interessierte an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur,

in wenigen Tagen begehen wir den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit. Für uns alle war dies damals ein freudiges und unvergeßliches Erlebnis. Wir alle sind mit großen Hoffnungen in diese Vereinigung unserer 45 lange Jahre zwangsgetrennten Landesteile gegangen. Doch schon bald machten sich erste Enttäuschungen breit. Die politisch Verfolgten der kommunistischen Diktatur erhielten leider nicht die Anerkennung und Würdigung, die sie berechtigterweise vom wiedervereinten Deutschland erwartet hatten. Für eine monatliche Opferpension mußten die Opferverbände viele Jahre kämpfen, ehe sie 17(!) Jahre nach der Deutschen Einheit Wirklichkeit wurde. Zu beklagen ist zudem, daß alle Haftopfer mit weniger als sechs Monaten Haftzeit und alle auf andere Weise politisch Verfolgten von der Opferpension gänzlich ausgeschlossen sind.

Nun, zu den Jubiläumsfeierlichkeiten, scheinen die Diktaturopfer von Politik und Medien wieder kaum wahrgenommen zu werden. Dem will die UOKG entgegenwirken, u. a. mit einem Kongreß zu den Folgewirkungen der Deutschen Einheit für die ehemals politisch Verfolgten. Zusammen mit der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) sollen sachkundige Referenten die Situation der einst politisch Verfolgten im 25. Jahr der Deutschen Einheit analysieren und Perspektiven für die zukünftige Aufarbeitung der kommunistische Diktatur aufzeigen.

Geplante Themen des Kongresses sind:

- Die Auswirkungen der Enteignungen durch die kommunistische "Bodenreform" 1945 in der SBZ/DDR
- Eine kritische Würdigung der Arbeit der Treuhandanstalt nach 1990 und ihrer Auswirkungen
- Gerechte Bestrafung der Täter? Eine Bilanz der juristischen Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Diktaturen von SBZ und DDR
- Gerechtigkeit für die Opfer? Eine Bilanz der durchgeführten Rehabilitierungen, Entschädigungen und Restitutionen
- Eine Bilanz der bundesdeutschen Bildungspolitik: Wie erfolgreich war die Aufklärung über die kommunistische Diktatur in den Medien bzw. den Schulen?

Der Kongreß soll am Freitag, dem 30. Oktober 2015, von 11.00 bis 17.30 Uhr stattfinden, in der Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam.

Um diesen Kongreß durchführen zu können, benötigen wir allerdings dringend Ihre Unterstützung. Unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen reichen bei weitem nicht aus, um den geplanten Kongreß und andere wichtige Aufgaben finanzieren zu können. Bitte helfen Sie uns mit einer Spende, damit die Stimme der ehemals politisch Verfolgten in Politik und Gesellschaft deutlich vernehmbar bleibt und wir uns als Verband weiter für Sie einsetzen können.

Theo Mittrup, Vorstandsbeauftragter

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

Umzug?

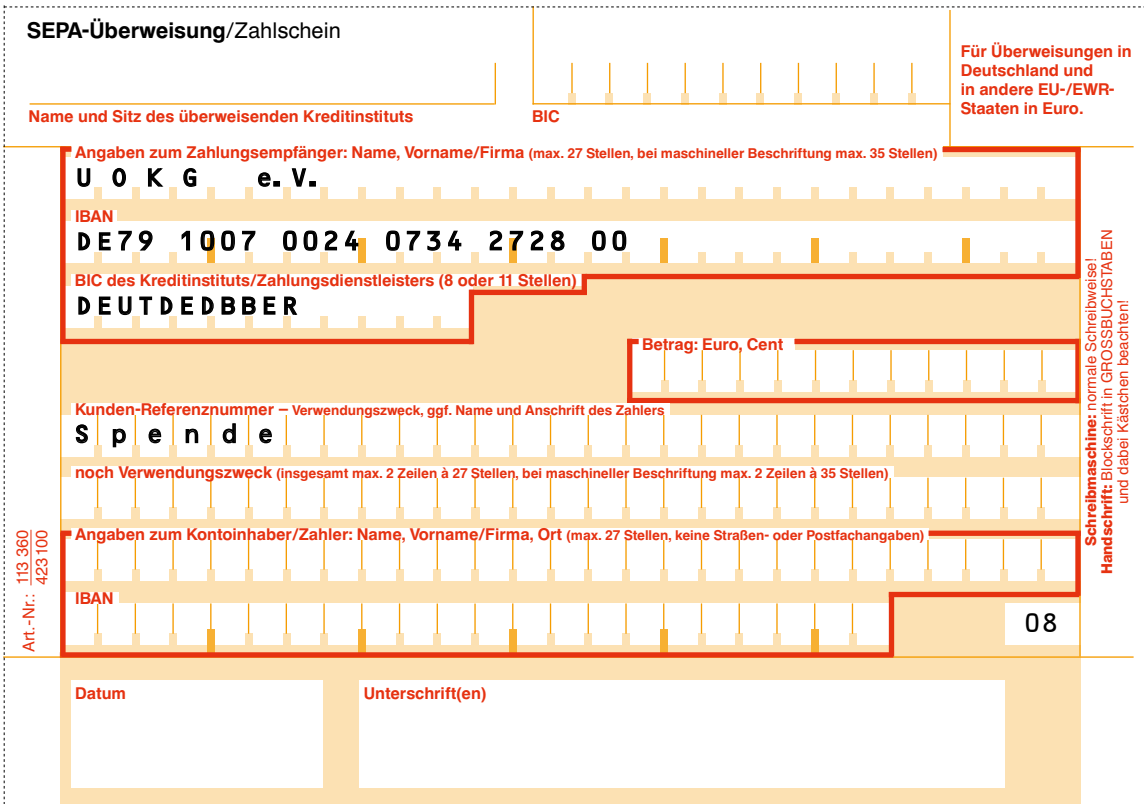
Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____€ am_____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin vom 9.4.2013 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.



UOKG-Kongreß

„Verdrängter Terror: Sowjetische Spezial- und Internierungslager. 70 Jahre danach"

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone rasch mit der Errichtung von Lagern, in die nationalsozialistische Funktionsträger, aber auch viele Unschuldige und demokratische Gegner der kommunistischen Diktatur eingesperrt wurden. In den insgesamt 38 Lagern (zehn Speziallager in der sowjetisch besetzten Zone, 28 Arbeitslager im Gebiet östlich von Oder und Neiße), darunter auch ehemalige NS-Konzentrationslager wie Buchenwald und Sachsenhausen, kamen durch mangelhafte Versorgung, Hunger, Krankheiten und Seuchen Zigtausend Menschen ums Leben.

70 Jahre nach der Errichtung drohen die Lager und ihre Opfer in Vergessenheit zu geraten. Wir möchten den aktuellen Stand der Forschung zu den Speziallagern und die Perspektiven der Lagergemeinschaften diskutieren. Altersbedingt wird die Zahl der Zeitzeugen immer geringer. Die jüngsten der damaligen Opfer sind inzwischen älter als 85 Jahre. Deshalb möchten wir mit dem Kongreß an das Schicksal der Opfer öffentlichkeitswirksam erinnern und ihnen noch einmal eine Stimme geben.

Veranstalter: UOKG e.V.

Veranstaltungsdatum:
Sonnabend, 10. Oktober 2015

Veranstaltungsort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Programm

11.00 Uhr
Eröffnung des Kongresses

11.15 Uhr
„Lagerwirklichkeit und Lebensbedingungen im sowjetischen Speziallager Jamlitz" – Andreas Weigelt, Historiker, Lieberose

11.45 – 12.00 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

12.00 Uhr
„Mit dem Abstand von Jahrzehnten. Zur lebensgeschichtlichen Verarbeitung des Aufenthalts in sowjetischen Speziallagern" – Dr. Eva Ochs, Historikerin, Hagen

12.30 – 12.45 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

12.45 – 13.30 Uhr
Kaffee- und Imbißpause

13.30 Uhr
Podium I
„Zeitzeugenberichte und Rückblick auf die Gründungsphase der Lagergemeinschaften" – Eberhard Hoffmann, Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., Sybille Krägel, Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/OS, Gerhard Taege, Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.

Moderation: Helmuth Frauendorfer, Referent für politische Bildung bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

14.30 – 14.45 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

14.45 Uhr
„Das System der Speziallager als Mittel sowjetischer Repression" – Dr. Jörg Morré

15.15 – 15.30 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

15.30 – 15.45 Uhr
Kaffeepause

15.45 Uhr
„Psychische und physische Folgen der Internierung in sowjetischen Speziallagern" – Dr. Ricarda Lukas, Psychotherapeutin, Halle (Saale)

16.15 – 16.30 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

16.30 – 17.30 Uhr
Podium II
„Ausblick: Zur Zukunft der Lagergemeinschaften und Initiativgruppen"
(Einbindung von Hinterbliebenen, Bildungsprojekte mit Jugendlichen etc.) – Dr. Rita Lüdtke, Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Matthias Taatz, Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., Eckhard Fichtmüller, Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.

Moderation: Rainer Potratz, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und Gedenkstätten bei der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

17.30 – 17.45 Uhr
Diskussionsmöglichkeit

ca. 17.45
Abschlußdiskussion und Resümee

Die Veranstaltung wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Veranstaltung ist öffentlich und kostenfrei. Um Anmeldung wird bis zum 3. Oktober gebeten: E-Mail anmeldung@uokg.de, Tel. (030) 55 77 96 20

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 3., 10., 17., 24. und 31. Oktober, sowie am 7. November, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution", Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Veranstaltungen

29.9. (Di), 18.00 Uhr:
Schreien hilft dir nicht… – Politische Haft in Sachsenhausen 1946-1950 und in Thüringen 1961-1963, Zeitzeuge Harald Beer berichtet und stellt sein Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

30.9. (Mi), 19.00 Uhr:
Aus zwei mach eins – die Einheit: Kultur und Gesellschaft, mit Freya Klier, Autorin u. Filmemacherin, Dr. Christine Bergmann, Bürgermeisterin u. Bundesministerin a.D., Prof. Dr. George Turner, Senator a.D., Martin Hoffmann, Graphiker; Prof.Dr. Axel Klausmeier, Direktor d. Stiftung Berliner Mauer; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

3.10. (Sa), 10.00–20.00 Uhr:
Tag der offenen Tür zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

7.10. (Mi), 17.00 Uhr:
Aufgegriffen – Geschichten aus den Stasi-Akten. Das Interhotel Gera im Blick der Stasi, Archivführung, Lesung u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

10.10. (Sa), 11.00–18.00 Uhr:
„Verdrängter Terror: Sowjetische Spezial- und Internierungslager. 70 Jahre danach"; Kongreß der UOKG; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin (s. auch S. 16)

13.10. (Di), 18.00 Uhr:
„Grimsey", ein Roman, Ulrich Schacht, Schriftsteller aus Schweden, liest aus seiner neuesten Erzählung; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

13.10. (Di), 18.00 Uhr:
Landleben – Alltag im sozialistischen Dorf, in d. Reihe „Erinnerungsort DDR", mit Dr. Jens Schöne, Historiker, LStU, Petra Nadolny, Schauspielerin u. Autorin, Dr. Barbara Schier, Kulturwissenschaftlerin, Dr. Gerald Thalheim, Diplomlandwirt, Parl. Staatssekretär im BMEL a.D.; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Hohenschönhausen: Fotos und Analysen

Ruth Stoltenberg: Objekt I. Stasigefängnis und Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen, Kehrer Verlag, Heidelberg 2015, 126 S., 29,90 €

Elisabeth Martin: „Ich habe mich nur an das geltende Recht gehalten". Herkunft, Arbeitsweise und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, Nomos Verlag 2015, 465 S., 84,– €

Auf zwei Neuerscheinungen über die ehemalige Stasi-Hochburg Berlin-Hohenschönhausen, wo ich selbst von Ende Dezember 1972 bis Ende Juni 1973 wegen geplanter Republikflucht in U-Haft war, möchte ich aufmerksam machen: Den Bildband der Fotografin Ruth Stoltenberg und die Studie der Historikerin und Referentin Dr. Elisabeth Martin.

Das Fotobuch „Objekt I" beginnt mit einer Widmung „Für die Opfer der SED-Diktatur". Das ist deshalb erwähnenswert, weil bei Feierlichkeiten oder Podiumsdiskussionen zur Wiedervereinigung die Gruppe der politischen Häftlinge als Vorreiter des historischen Ereignisses meist ausgespart bleibt. Der bekannte Kölner Fotograf Wolfgang Zurborn schreibt in seiner Einführung zu Ruth Stoltenbergs eindrucksvollem Werk: „Der Betrachter kann deutlich spüren, welch intensive Wirkung diese Orte mit all ihren Spuren eines menschenverachtenden Apparates auf die Fotografin in ihrem 126 Seiten zählenden Bildband gehabt haben." Das empfand ich beim Eintauchen in das auch äußerlich interessant gestaltete Buch ebenfalls. Wer in diesen Mauern während seiner DDR-Haft der Willkür der Stasi-Schergen ausgesetzt war und die Einrichtung aus eigenem Erleben kennt, wird zurückgeholt in eine Welt von spießigem real-sozialistischem Mief, was sich in Tapeten, Stuhlbezügen und Mobiliar widerspiegelt. Einige Inhaftierte werden sich daran erinnern, andere möglicherweise nicht, weil sie sich nur auf die Taktik der Vernehmer und deren gemeine Spielchen konzentrierten. Andererseits sprechen die abgebildeten Folterkammern wie die Gummizelle im Keller, die schmalen, völlig vermoderten Löcher oder die flachen Verwahrräume, in denen man nicht einmal stehen konnte, eine deutliche Sprache. Nicht nur Insidern ist dieser Bildband mit 71 einprägsamen Farbfotografien, vier Schwarz-Weiß-Bildern und fünf Foto-Doppelseiten zu empfehlen, sondern allen Interessierten an der deutsch-deutschen Geschichte, vornehmlich den Verklärern und Leugnern von DDR-Unrecht. Keine Frage: Mitunter sind aussagekräftige Fotografien wirkungsvoller als viele Worte. Die Autorin berichtet in Kurzform über die U-Haftanstalt, das Haftkrankenhaus und das Sperrgebiet in Hohenschönhausen, dessen Straßen und Gebäudekomplexe auf keinem DDR-Stadtplan eingezeichnet waren. Außerdem läßt sie zehn Betroffene mit ihren ganz persönlichen Schicksalen zu Wort kommen. Ein besonderer Verkaufsvorteil für die internationale Verbreitung dieses Bildbandes: Alle Texte wurden ins Englische übersetzt und sind als Extra-Broschüre dem Hauptband beigefügt.

„Ich habe mich nur an das geltende Recht gehalten", heißt das 465 Seiten umfassende Werk von Dr. Elisabeth Martin, in dem sie Herkunft, Arbeitsweise und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen untersucht und sehr anschaulich dokumentiert hat. Aus den Analysen der Autorin über die Methoden der Vernehmer wird auch dem letzten Zweifler klar, welch brutale, zerstörerische Praxis an den Inhaftierten über viele Monate exerziert wurde. Menschliche Regungen waren diesen Handlangern eines totalitären Regimes fremd. Ein ausgeklügeltes System gehörte zum psychologischen Instrumentarium: Desinformation, Drohungen, hinterhältige Lügen, Erpressungen, das Zerstören der Persönlichkeit. Andererseits galt es, beim Inhaftierten ein Schuldbewußtsein zu erzeugen mit dem Bedürfnis, „wiedergutzumachen". Versprechungen wurden gemacht gemäß dem Aussageverhalten der Häftlinge. Dazu zählten Vergünstigungen mit Büchern, Zeitungen, Einkauf, Briefen, längerem Freigang. Bei keinerlei Kooperationsbereitschaft gab es körperliche Gewaltanwendung, wochen- oder monatelange Isolation, Schlafentzug, nächtliche Dauerverhöre, Folter, Arrest. Auch vor Falschinformationen über die Untreue oder Trennungsabsicht des Partners, fingierten Anrufen, gezieltem Suggerieren, alle anderen hätten schon gestanden, nur man selbst nicht, wodurch man seine eigene Lage verschlechtern würde, schreckten sie nicht zurück. An Tausenden Häftlingen wurden diese perfiden Lehrbuchmethoden

angewandt, was die Autorin in aller Deutlichkeit offenlegt.

Immer wieder erkannte ich in den Schilderungen von Elisabeth Martin die Strategie meines Stasi-Vernehmers Oberleutnant Arno Libera wieder, der genau so menschenverachtend handelte, wie im Buch beschrieben: Einmal Süßholz raspelnd und schmeichlerisch agierend, um dann ins Extreme zu verfallen mit übelsten Beleidigungen und lautstarken Brüllereien, wenn ich mich nicht von ihm erpressen ließ, meinen Mann bezüglich unserer gemeinsamen Fluchtplanung zu verraten. Beim Lesen der Studie spürt man fast körperlich die Torturen aus dieser Zeit – und das ist bei mir immerhin rund 42 Jahre her! Das Buch ist keine leichte Kost für verletzte Seelen. Aber wenn man sich erst einmal eingelesen hat, möchte man nicht mehr aufhören, alles über das staatlich verordnete Unrecht zu erfahren. Für viele Opfer der DDR-Diktatur wird das „Nachschlagewerk" hilfreich sein bei der Suche nach Zusammenhängen, Unerklärbarem oder Verdrängtem. Die Mammutarbeit mit zahlreichen Quellenangaben erlangt einmal mehr an Bedeutung durch Kontakte zu Zeitzeugen und so namhaften Autoren wie Karl Wilhelm Fricke, Jens Giesecke und Hubertus Knabe.

Ellen Thiemann

Vererbte Schatten

(VT) Frauen und Kinder aus der Kriegs- und Nachkriegszeit mußten mit verlustreichen Erfahrungen fertig werden: Heimat, Eigentum und die Geborgenheit im gewohnten Umfeld – fast alles fehlte oder war zusammengebrochen. Ob die Ankunft in der Fremde und der Neuanfang auf Trümmern gelungen sind – trotz Selbstverleugnung und Verdrängung – ist eine immer wiederkehrende Frage. Die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen unserer Mütter, Väter und Großeltern haben starken Einfluß gehabt auf die nächsten Generationen.

Sibylle Dreher, Maria Werthan (Hg.): Vererbte Schatten, Tagungsband 2014, OEZ Berlin Verlag, Berlin 2015, 150 S., 14,90 €

Die Schatten der Vergangenheit haben den Bewohnern Deutschlands und Europas einen Stempel aufgedrückt, der immer wieder sichtbar wird. Deshalb wurde für eine Tagung des Frauenverbandes im BdV e.V. dieses Thema gewählt: Aus Schuld und Scham – Angst vor der Zukunft? Auf die Fragen nach der Prägung mehrerer Generationen seit der NS-Zeit, dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit wurde auf der Tagung eingegangen. Mit Beiträgen von Michaela S. Ast, Alexandra Damsea, Sibylle Dreher, Ingrid Meyer-Legrand, Sigrid Schuster-Schmah, Mathias Wagner, Maria Werthan.

(Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 1. November 2015 20% Rabatt und portofreie Zustellung innerhalb Deutschlands gewährt, OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 4, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16, www.oezb-verlag.de)

Fremde Heimat Deutschland?

(VT) Kurz vor dem 20jährigen Jubiläum des Literaturkreises der Deutschen aus Rußland wird der Literatur-Almanach 2014 präsentiert. Der neue Band des Literaturkreises ist dem Andenken des 2013 verstorbenen Autors Viktor Heinz gewidmet, einem der bekanntesten rußland-deutschen Autoren.

Artur Böpple (Hg): Fremde Heimat Deutschland? Literaturblätter der Deutschen aus Rußland, Almanach 2014, Anthea Verlag, Berlin 2015, 343 S., 14,90 €

Das Redaktionsteam des Almanachs veranstaltete auch dieses Jahr einen bundesweiten Literaturwettbewerb, der allen Autoren in Deutschland offen stand, ungeachtet der Herkunft, Religion und Staatsangehörigkeit.

Die Siegerbeiträge werden in diesem Jahrbuch präsentiert. Es sind ausgewählte Prosabeiträge, Lyrik, Zeitzeugenberichte und Rezensionen, Erinnerungen sowie Nachrufe – ein literarisches Kaleidoskop mit Beiträgen von deutschen Autoren aus Rußland als auch Autoren, die in Deutschland geboren sind.

Der Band besticht gerade mit dieser ungewöhnlichen Mischung, die sich als „literarischer Dialog" zweier Kulturen lesen läßt. Außergewöhnlich sind die unterschiedlichen Blickwinkel auf verwandte Themen wie Heimatverlust, Heimatfindung, sich fremd fühlen, Ausgestoßensein und ähnliches.

(Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 1. November 2015 20% Rabatt und portofreie Zustellung innerhalb Deutschlands gewährt. Anthea Verlag, Hubertusstr. 4, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16, www.anthea-verlag.de)

Veranstaltungen

14.10. (Mi), 18.00 Uhr:
„Erst Adenauer hat 1955 unsere Entlassung erwirkt…", Zeitzeugengespräch mit Ernst-Friedrich Wirth und Friedrich Klausch; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

19.10. (Mo), 18.30 Uhr:
Transparenz des Geheimen. Die osteuropäischen Geheimpolizeiarchive und der demokratische Wandel, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

21.10. (Mi), 19.00 Uhr:
Auf dem Weg nach Europa – Die deutsche Einheit im internationalen Kontext, mit Markus Meckel, letzter Außenminister der DDR, Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Universität Talinn, Norbert Gansel, Bundestagsabgeordneter u. Oberbürgermeister a.D., Prof. Dr. Etienne François, FU Berlin, Dr. Jörg Morré, Direktor d. Deutsch-Russischen Museums Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Robert-Havemann-Saal, Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

21.10. (Mi), 19.30 Uhr:
Coming out im Vakuum – Selbstbestimmtes Leben Homosexueller in der DDR im Widerstreit mit der Diktatur, mit Christian Puls; Veranstaltung d. Berliner Domgemeinde; Ort: Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin, Am Lustgarten, 10178 Berlin, Sophie-Charlotte-Saal (Portal 2)

23.10. (Fr), 20.00 Uhr:
Ausstellungseröffnung **„Samizdat" im GULag.** Eine schwarze Literaturgeschichte, mit Arsenij Roginskij, Heike Winkel u. Lutz Dittrich; Veranstaltung d. Literaturhauses Berlin u. Memorial Moskau; Ort: Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10179 Berlin, Großer Saal

27.10. (Di), 16.00–19.00 Uhr:
Wir sind das Volk. – Wer ist das Volk? Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. und des Bundesministeriums des Innern; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung bitte unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254

.

27.10. (Di), 18.00 Uhr:
Demokratie Jetzt – der schwierige Weg zur deutschen Einheit, Zeitzeuge der Bürgerbewegung Dr. Gerhard Weigt berichtet; ; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

27.10. (Di), 20.00 Uhr:
Die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts? Über Veränderungen der Erinnerungskultur in Rußland, mit Arsenij Roginskij, Jens Siegert u. Manfred Sapper; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Samizdat" im GULag; Veranstaltung d. Literaturhauses Berlin; Ort: Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10179 Berlin, Großer Saal

28.10. (Mi), 18.00 Uhr:
Hinter vorgehaltener Hand. Politische Denunziationsforschung in der DDR, Ref. Dr. Anita Krätzer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Literaturzentrum Neubrandenburg e.V., Gartenstr. 6, 17033 Neubrandenburg

28.10. (Mi), 20.00 Uhr:
Sergei Lebedew: Menschen im August, mit Franziska Zwerg, Sergej Lebedew u. Max v. Pufendorf; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Samizdat" im GULag; Veranstaltung d. Literaturhauses Berlin; Ort: Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10179 Berlin, Großer Saal

29.10. (Do), 18.00 Uhr:
Als Pfarrer im Fokus der Stasi, Lesung mit Dietmar Linke, Pfarrer i.R., u. Podiumsgespräch mit Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Gedenk- u. Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewalt", Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

29.10. (Do), 18.00 Uhr:
Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das MfS, Ref. Dr. Susanne Muhle, Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle; Ort: Stadthaus Halle, Marktplatz 2, 06108 Halle

29.10. (Do), 20.00 Uhr:
Die Reue (Monanieba), Film, OmU; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Samizdat" im GULag; Veranstaltung d. Literaturhauses Berlin; Ort: Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10179 Berlin, Großer Saal

2.11. (Mo), 10.00–17.30 Uhr:
Innenpolitik gleich Außenpolitik? Innenpolitische Implikationen deutscher Außenpolitik, Symposium der Deutschen Gesellschaft e.V. mit Dr. Thomas de Maizière, Gernot Erler, John C. Kornblum u. vielen anderen; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung bitte unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254.

Verraten

(VT) Es ist das Verdienst des vorliegenden Buches, jenseits der weltpolitischen Fragestellungen diese Zumutungen der Diktatur mit ihren schrecklichen Folgen am Beispiel Rostocker Studenten zu veranschaulichen. Anita Krätzer ist es durch akribische Recherche gelungen, die Schicksale zweier junger Menschen dem Vergessen zu entreißen. Auf der Grundlage der Auswertung der Stasi-Akten und von Gesprächen mit Zeit-

Anita Krätzer: Verraten. Verhaftet. Vermißt. Das Schicksal der Rostocker Studenten Lilli und Peter Gruner nach dem Mauerbau, Verlag & Medien (eszet Verlag), Rostock 2012, 125 S., 9,90 €

zeugen und Angehörigen gelingt der Autorin nicht nur eine minutiöse Rekonstruktion der Geschichte von jungen Menschen. Die nüchterne Beschreibung dieser Schicksale erzeugt eine geradezu beklemmende Nähe und macht damit Geschichte greifbar. Gerade dies aber ist unverzichtbar, wenn wir junge Menschen heute in die Auseinandersetzung mit der Geschichte bringen wollen. Dieses Buch ist nicht nur ein Beleg, welchen Wert die Stasi-Akten nach wie vor für die historische Forschung haben. Es ist vor allem für die historisch-politische Bildung ein Gewinn und verdient deshalb viele interessierte Leserinnen und Leser. (aus dem Vorwort von Jochen Schmidt)

Buchtip

Martin Hoffmann

„GULag-Workuta"

Übersichtskatalog zu Widerstand, Verschleppung zur Zwangsarbeit und Heimkehr im Zeitzeugen-Museum

Karlsruhe 2015, 64 S. A4, 24,90 €

Bezug über Dr. Martin Hoffmann, Ettlingerstr. 2c, 76137 Karlsruhe, Tel. (0721) 35 60 00

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Bünger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Rosemarie Badock, Klaus Bartholomay, Uwe Behne, Dietmar u. Annerose Bettmann, Monika Dahlhoff, Eugen Dunzelt, Karl-Heinrich Hartwig Ebel, Peter Feige, Dr. Rolf Haberland, Margot Hampe, Dirk Hansen, Ingeborg Haudel, Ernst Horstmann, Reinhold u. Hermine Irimi, Horst Kerkow, Olaf Knorre, Jobst Kühne, Johannes Sigmund Lindner, Jürgen Lorenz, Peter Menzel, Werner Mieth, Andreas Möller, Hilde Moller, Dr. Herbert Priew, Otto Proennecke, Werner Quitzsch, Eike Christine Radewahn, Erich Schmidt, Ingrid Schnalke, Udo Schulz, Walter Schulz, Dieter Starke, Elke Straube, Irene Thomas, Roland Ullmann, Friedrich Vernunft, Reiner Wetzig, Gisela Wollscheit, Rolf u. Helga Wollziefer

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende"

Das Zitat

„Das habe ich getan", sagt mein Gedächtnis.

„Das kann ich nicht getan haben", sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich.

Endlich – gibt das Gedächtnis nach.

Friedrich Nietzsche

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Vorstandsbeauftragte:
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDEDBBER

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. September 2015